

Aufbruch – zu konträren Ufern. Ein Briefwechsel des jungen Karl-Hermann Flach

Im Nachkriegsdeutschland korrespondieren ein 19- und ein 23jähriger zu grundlegenden gesellschaftspolitischen Weichenstellungen. Der eine ist aktives und in der Öffentlichkeit engagiertes Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der andere ein ebenfalls aktives und sachlich nicht minder engagiertes Mitglied der neuen »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED), jener Partei, die sich als »Partei der Arbeiterklasse«, als Speerspitze einer neuen Gesellschaftsordnung in einem von Nationalsozialismus und Krieg in vielfältiger Weise zerstörten, formell noch ungeteilten Deutschland versteht. Lohnt es wirklich, einen solchen Briefwechsel zu veröffentlichen, nur weil man weiß, dass der Jüngere der beiden Korrespondenzpartner zwei Jahrzehnte später zu einer herausragenden Gestalt im deutschen Journalismus, schließlich auch zum Vordenker des Versuchs einer geistigen Erneuerung des politischen Liberalismus in (West-)Deutschland werden sollte? Sicher wäre dies als alleinige Begründung unzureichend, enthielte der Briefwechsel nicht nachhaltige und zeitgeschichtlich interessante Belege dafür, wie die wachsende ideologische Konfrontation jener Zeit gerade auch mitten in ihrer politischen Sozialisation stehende junge Menschen, die zukünftige politische Elite Deutschlands, erfasst und zu sachbezogener Auseinandersetzung und persönlichem Auseinanderdriften zugleich führt. Der schriftliche Gedankenaustausch, den unsere beiden Protagonisten, Karl-Hermann Flach und Hermann Turley, im Jahre 1949 – im Anschluss an einen Leitartikel Flachs in der Schweriner »Norddeutschen Zeitung« (NdZ) – geführt haben, zeigt, wie junge Menschen der Zeit das mit dem Gefühl des grundlegenden Umbruchs einhergehende Streben nach einem gesellschaftlichen Neuanfang reflektiert haben. Es war eine Zeit des Aufbruchs aus Ruinen – in unserem Falle: zu konträren Ufern.

1. *Die Lebenswege: Karl-Hermann Flach (1929 – 1973)*

Die Wirren des sich dem Ende zuneigenden Zweiten Weltkrieges hatten den Königsberger Gymnasiasten Karl-Hermann Flach mit Mutter und zwei älteren Schwestern von Ostpreußen nach Westen, ins Mecklenburgische, ver-

schlagen. Der Vater Carl, ein Sägewerksdirektor, blieb zurück und wurde vermutlich Opfer von Repressalien der vordringenden Sowjetarmee gegen die örtliche Zivilbevölkerung. Wie viele Zeitgenossen ereilte den gerade dem Kriegsinferno entkommenen jungen Flach ein anderes, tragisches Schicksal: Er erkrankte 1947 schwer an Tuberkulose (TB), dann auch noch an tuberkulöser Meningitis¹ – Leiden, die samt ihrer medikamentösen Behandlung bleibende Spuren im Leben des jungen Ostpreußen hinterlassen sollten. Die historisch häufig als »Arme-Leute-Krankheit« oder »Proletarierkrankheit« skandalisierte Tuberkulose², deren Verbreitung während des Krieges und insbesondere in der direkten Nachkriegszeit wieder deutlich zugenommen hatte, war es auch, die es mit sich brachte, dass sich die Lebenswege des Bürgersohnes Flach und des Arbeiterkindes Turley kreuzten.³ 1947/48 waren sie für Monate – und zeitweilig als Zimmergenossen – Patienten der Lungenheilstätte in Neufriedrichsdorf⁴, heute Teil der brandenburgischen Kreisstadt Rathenow.

Beide, der am 17. Oktober 1929 geborene Flach und sein drei Jahre älterer Zimmergenosse Turley waren zu diesem Zeitpunkt bereits politisch engagiert: Noch als 16-jähriger war Flach im April 1946 in seiner neuen Heimatstadt Rostock der LDP beigetreten, jener Partei, die sich die Erneuerung des (par-

- 1 In einem Brief an Turley vom 17. Oktober 1948 berichtet Flach von seiner schwierigen gesundheitlichen Situation im Frühjahr 1948, als die TB zu einer tuberkulösen Mittelohrvereiterung mit Gehirnhautentzündung geführt habe. Nur eine »Radikaloperation« habe ihn damals gerettet (Brief aus dem Privat-Nachlass Turley, heute als Schenkung der Familie Turley im Besitz des Archivs des Liberalismus, Gummersbach). Bei dieser »Radikaloperation« handelte es sich um eine Operation am Gehirnschädel, in deren Folge Flach das Gehör auf dem linken Ohr verlor. Vgl. hierzu Horst Köpke: Im Schweriner Hotel »Zum Petermännchen« (1948/49). In: Joachim Bretschneider/Harald Hofmann (Hrsg.): Karl-Hermann Flach. Liberaler aus Leidenschaft, München u.a. 1974, S. 11–16, hier S. 12.
- 2 Alfons Labisch: Die bakteriologische und die molekulare Transition der Medizin – Historizität und Kontingenz als Erkenntnismittel. In: Ders./Norbert Paul (Hrsg.): Historizität. Erfahrung und Handeln – Geschichte und Medizin, Stuttgart 2004, S. 213–226, hier S. 217. Zur sozialgeschichtlichen Relevanz der Tuberkulose: Flurin Condrau: Lungenheilanstalt und Patientenschicksal. Sozialgeschichte der Tuberkulose in Deutschland und England im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, Göttingen 2000; Sylvelyn Hähner-Rombach: Sozialgeschichte der Tuberkulose. Vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unter bes. Berücksichtigung Württembergs, Stuttgart 2000.
- 3 Reizvoll ist die Parallele dieser Begegnung zum Plott eines DEFA-Filmes der späten DDR-Jahre: 1987 drehte der Regisseur Lothar Warneke den (später vielfach geehrten) Film »Einer trage des anderen Last«, in dem sich ein junger Vikar und ein junger Kommunist in den frühen 1950er Jahren als Patienten einer Lungenheilanstalt begegnen und nach anfänglicher Konfrontation den Weg zu wechselseitigem Verständnis und Toleranz finden. In der Belletristik hat das spezifische »Biotop« der Lungenheilanstalt verschiedentlich seinen Niederschlag gefunden, nicht nur in Thomas Manns »Zauberberg«. In die Welt junger Patienten wie Flach und Turley um 1950 – allerdings in Westdeutschland – führt Dieter Fortes 2004 publizierter, autobiographisch geprägter Roman »Auf der anderen Seite der Welt«.
- 4 Die Lungenheilstätte war 1900 in der Trägerschaft des Volksheilstätten-Vereins des Roten Kreuzes gegründet worden. Der mit der ökonomischen Stabilisierung einhergehende deutliche Rückgang der TB-Erkrankungen führte 1967 zur Schließung der Einrichtung und ihrer Überführung in ein Seniorenheim.

tei-)politischen Liberalismus in Deutschland zum Ziele gesetzt hatte.⁵ Als Gymnasiast an der Rostocker »Goethe-Oberschule« hatte sich Flach auch bereits als Autor der Schülerzeitung »Start. Illustriertes Blatt der jungen Generation« einen Namen gemacht. Mit einem für die Zeit nicht untypischen Notabitur ausgestattet⁶, hatte der von seiner schweren Krankheit geplagte Flach zunächst ein Chemiestudium begonnen, es jedoch nach kurzer Zeit wieder aufgegeben. In seinem Brief an Turley vom 17. Oktober 1948 teilte Flach mit, dass er nun »hauptberuflich als Journalist« tätig sei. »Diese Arbeit liegt mir auch am meisten und befriedigt mich völlig.«⁷ Flach fungierte zu diesem Zeitpunkt nach eigener Aussage als Rostocker Korrespondent des LDP-Zentralorgans »Der Morgen« und als freier Mitarbeiter der – eigentlich in der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin ansässigen – »Norddeutschen Zeitung«⁸, Organ des LDP-Landesverbandes Mecklenburg; sie verfügte über eine Außenredaktion in Rostock. Der gerade 19jährige Flach machte sich offenkundig sehr konkrete Hoffnungen, diese Redaktion »in Kürze zu übernehmen«.⁹ Flachs ambitiös klingende Zukunftspläne waren – in Kenntnis der schwierigen Personalsituation der NdZ – keineswegs aus der Luft gegriffen, hatte die Zeitung, die ein Zeitgenosse und Mitakteur als »das wohl aufmüpfigste Blatt der damaligen Sowjetzone« bezeichnet hat¹⁰, doch notorisch mit einem hohen Personalverschleiß zu kämpfen.¹¹ Erst im September 1948 war

5 Zur Geschichte der LDP zusammenfassend: Jürgen Frölich: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. In: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Hrsg. v. Gerd-Rüdiger Stephan u. a., Berlin 2002, S. 311-342.

6 Die Angaben in den Quellen zu Flachs schulischer Karriere differieren. Wiederholt findet sich der Hinweis, Flach habe aufgrund seiner TB-Erkrankung das Abitur nicht ablegen können (vgl. beispielhaft: H. Köpke: Im Schweriner Hotel (wie Anm. 1), S. 12). Flach hingegen selber spricht zeitgenössisch (wie Anm. 1) von der Aufnahme eines Studiums an der Universität Rostock, was zweifelsohne die Existenz eines schulischen Abschlusszertifikats impliziert.

7 S. den in Anm. 1 genannten Brief Flachs.

8 Zur Geschichte der seit dem 4. März 1946 erscheinenden »Norddeutschen Zeitung« s. Ines Soldwisch: »... etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen...« Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946-1952, Berlin 2007, spez. S. 83ff.

9 So Flach an Turley (s. Anm. 1).

10 So Horst Köpke, damals – als 21jähriger – hauptamtlicher Mitarbeiter der Schweriner LDP-Landesgeschäftsstelle und gelegentlicher Mitarbeiter der NdZ, später als Redakteur der »Frankfurter Rundschau« (seit 1964) langjähriger Mitstreiter und Freund Flachs. S. H. Köpke: Die Norddeutsche Zeitung, in: Ders./Friedrich-Wilhelm Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch, 2.A., Rostock 1997, S. 69-75, hier S. 69. Köpkes Einschätzung bedarf allerdings der rechten Gewichtung: Mit gut 20.000 Ex. pro Tag lag die Verbreitung der NdZ weit unter der konkurrierender Blätter. So hatte das mecklenburgische SED-Konkurrenzblatt »Landes-Zeitung« schon 1947 eine um mehr als das Achtfache höhere Auflage. Allerdings konnte die NdZ – anders als die übrigen LDP-Landesorgane – fünfmal und nicht nur zwei- oder dreimal pro Woche erscheinen.

11 Vgl. hierzu auch die bei I. Soldwisch (wie Anm. 8), S. 263 publizierte »Liste der Chefredakteure der NdZ«. Dass dies bei liberal-demokratischen Regionalzeitungen auch ganz anders aussehen konnte, bezeugt die Geschichte der seit dem 18. Dezember 1945 in Halle/Saale erscheinenden »Liberal-Demokratischen Zeitung«, die von ihrer Gründung bis Mitte 1949

der dritte Chefredakteur seit Gründung des Blattes wegen dem Vorwurf der Urkundenfälschung und der unrechtmäßigen Führung eines akademischen Titels vom LDP-Landesvorstand seiner Funktion enthoben worden; auch seinem Amtsnachfolger sollten nur wenige Monate im Amt vergönnt sein. Durchaus respektable Aussichten also für einen jungen ehrgeizigen Nachwuchsjournalisten und Nachwuchspolitiker, der im April 1949 als Jugendvertreter in den LDP-Landesvorstand kooptiert worden war.¹² Sein damaliger Chef, der leitende NdZ-Redakteur Herbert Exner ließ Flach offenbar große Gestaltungsspielräume, zu denen auch die (wiederholte) Abfassung von Leitartikeln auf der NdZ-Titelseite gehörte. Häufig genug musste der minderjährige Jungredakteur sogar – in eigentlich rechtswidriger Weise – als leitender Redakteur »i. V.« zeichnen.¹³

Das Faktum der Mitgliedschaft im LDP-Landesvorstand sollte Flach dann im Oktober 1949 vor einer höchst ungewissen Zukunft bewahren. Als der sowjetische Geheimdienst NKWD im Herbst 1949 gegen eine offenkundig allzu »aufmüpfig« gewordene Gruppe junger Mitglieder der mecklenburgischen LDP vorzugehen begann¹⁴, am 18. Oktober dann die LDP-Studentenführer Arno Esch und Friedrich-Wilhelm Wiese unter dem Vorwurf der Spionage, der illegalen Gruppenbildung und der »fanatischen Antisowjethetze« verhaftete¹⁵, hielt sich Flach gerade zur Teilnahme an der Landesvorstandssitzung in Schwerin auf. Noch während der Sitzung erfuhren Flach und der Mit-

lediglich zwei Chefredakteure hatte. Vgl. Achim Baatzsch: Die Lizenzierungsgeschichte der Liberal-Demokratischen Zeitung in Halle an der Saale, Dipl.-Arbeit, Universität Leipzig 1997, S. 5 und S. 73f.

- 12 Die Kooptation Flachs wurde auf dem 3. Landesparteitag der LDP Mecklenburg am 23./24. September 1949 durch die Wahl Flachs als »Jugendvertreter« (neben Arno Esch und Helmut Jaschke) in den Landesvorstand formell aufgewertet. Vgl. I. Soldwisch (wie Anm. 8), S.261f.
- 13 Vgl. H. Köpke: Im Schweriner Hotel (wie Anm. 1), S. 13.
- 14 Diese Aktion war nur eine in einer Reihe von seit dem Juli 1948 eskalierenden Aktionen der Einschüchterung, der Verhöre und Massenverhaftungen, die sich seitens der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) gegen die LDP und ihr widerständiges Verhalten richteten. Vgl. hierzu Ulf Sommer: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Münster 1996, S. 50-54, sowie die praktischen Beispiele dieser Repressionsstrategie bei: Wolfgang Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Hrsg.. von Monika Fassbender. München 1988, S. 31, S. 35, S. 46 u.ö.
- 15 Esch und Wiese wurden dann bekanntlich in Prozessen vor dem Sowjetischen Militärtribunal in Schwerin bzw. dem Obersten Sowjetischen Militärtribunal in Berlin mit anderen angeklagten LDP-Funktionären zum Tode verurteilt; Esch wurde am 24. Juli 1951 – gerade 23jährig – in Moskau standrechtlich erschossen, Wiese zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt und im Dezember 1955 – nach Aufenthalt in verschiedenen sowjetischen Zwangsarbeitslagern – in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Zu den politischen Prozessen gegen Esch, Wiese u.a. s. H. Köpkes Beitrag im Sammelband von Köpke/Wiese (wie Anm. 10), spez. S. 111-123. Wie politische Repression, vor allem seitens der SED, in diesen Jahren auch an anderen Universitäten der SBZ zum politischen Alltag wurde, schildert ausführlich der Tübinger Zeithistoriker Gerhard Schulz in seinem nachgelassenen »Mitteldeutschen Tagebuch« am Beispiel der Universität Leipzig, deren Studentenrat er 1947/48 als Vertreter der LDP angehört hatte (vgl. G. Schulz: Mitteldeutsches Tagebuch. Aufzeichnungen aus den Anfangsjahren der SED-Diktatur 1945-1950. München 2009).

»Jugendvertreter«, der Soziologiestudent Helmut Jaschke, von den Verhaftungen in Rostock. Sie entschlossen sich daraufhin spontan zur Flucht in die Westsektoren Berlins, die sie am 21. Oktober 1949 erreichten.

Dort bemühte sich Flach dann in den Folgejahren, seine bereits hinlänglich erworbene journalistische Praxis durch ein Studium der Politikwissenschaft an der – einst von Friedrich Naumann in ihrer Entstehung maßgeblich beeinflussten – »Deutschen Hochschule für Politik«, dem späteren Otto-Suhr-Institut der Freien Universität, zu unterfüttern. Trotz seiner nicht ganz »stromlinienförmigen« Schulkarriere hatte Flach hier Aufnahme gefunden und konnte Ende 1953 das Studium mit einem Diplom-Abschluss beenden. Auch die Studienjahre wurden von der im brandenburgischen Sanatorium keineswegs ausgeheilten TB überschattet: Ein erneuter Krankheitsschub zwang Flach 1950/51 das Studium für Monate zu unterbrechen. Mit Hilfe seiner als Ärztin im Schwarzwald praktizierenden Schwester Marie-Dorothea fand er zunächst in einem Lungenanatorium in St. Blasien Aufnahme. Als die Schwester im Frühjahr 1951 eine Anstellung an der Lungenheilstätte Wehrawald bei Todtmoos erhielt, gelang es ihr, die Verlegung des »kleinen« Bruders dorthin zu veranlassen. In Todtmoos konnte nicht nur Flachs Gesundheit einigermaßen stabilisiert werden; er traf dort auch eine junge Mitpatientin, die Anfang 1954 dann seine Lebenspartnerin werden sollte.¹⁶

Selbstverständlich führte Flach auch in diesen Jahren sein politisches Engagement fort und avancierte zu einem führenden Kopf des 1950 gegründeten »Liberalen Studentenbundes Deutschlands« (LSD).¹⁷ Nachdem er sich dann einige Jahre seine journalistischen Sporen als Redakteur eines europäischen Pressedienstes in Frankfurt/Main, sodann als Mitarbeiter eines der Freien Demokratischen Partei (FDP) nahe stehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Informationsdienstes in Bonn verdient hatte, wechselte Flach 1956 in die Bundesgeschäftsstelle der Partei. Hier fungierte er zunächst als Redakteur des Informationsdienstes »Freie Demokratische Korrespondenz« sowie als Mitarbeiter der FDP-Wochenschrift »Das Freie Wort«. 1957 avancierte Flach in dem – nach der Parteispaltung des Jahres 1956 als existentiell empfundenen – Bundestagswahlkampf zum »Sekretär der Wahlkampfleitung«, somit zur »rechten Hand« des Wahlkampfleiters Wolfgang Döring. Nach der – gemessen an den politischen Rahmenbedingungen – für die FDP relativ erfolgreichen Wahl wurde Flach zum Leiter der Politischen Abteilung in der Bundesgeschäftsstelle berufen – eine Funktion, von der aus der 28jährige erstmalig politisch prägend auf eine programmatische Erneuerung der Partei hinwirken konnte. Auf Vorschlag des – in die Funktion des Geschäftsführers der neu

16 Vgl. hierzu Joachim Bretschneider: Vom politischen Studium in Berlin zur politischen Praxis in Bonn (1949 bis 1955). In: Ders./H. Hofmann (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 16-21.

17 Vgl. hierzu Barthold C. Witte: Für die Freiheit eine Gasse. Aus dem Leben eines liberalen Bürgers. Stuttgart, Leipzig 2003, spez. S. 214ff.

gegründeten Friedrich-Naumann-Stiftung wechselnden – Bundesgeschäftsführers Werner Stephan wurde Flach im April 1959 zu dessen Nachfolger berufen – ein echter Generationswechsel.¹⁸ In dieser neuen Eigenschaft war Flach in erheblichem Maße an dem – bis zum Jahre 2009 unerreichten – Wahlerfolg der FDP bei den Bundestagswahlen 1961 beteiligt.

1962 wechselte Flach, offenkundig frustriert vom Kurs der FDP-Führung unter Erich Mende, zurück in den Journalismus. Seine Wahl fiel auf die bereits damals als prononciert »linksliberal« geltende »Frankfurter Rundschau«(FR), der er zunächst als Ressortleiter Innenpolitik, später als stellvertretender Chefredakteur, zuletzt als »Geschäftsführendes Mitglied der Redaktionsleitung« und Prokurist des Druck- und Verlagshauses diente.¹⁹ Für manchen überraschend kam dann im Mai 1971 der Entschluss Flachs, sich auf den Vorschlag der FDP-Parteispitze hin um das neu geschaffene Generalsekretariat der Partei zu bemühen. Flach gab damit seiner Überzeugung Ausdruck, dass die elementaren Veränderungs- und Erneuerungsprozesse im deutschen Liberalismus, für die er erst Anfang 1971 wieder in seiner Streitschrift »Noch eine Chance für die Liberalen«²⁰ eingetreten war, in der FDP endlich Wirkung zu zeitigen begonnen hatten. In seiner berühmten Rede vor den Delegierten des Freiburger FDP-Bundesparteitages am 25. Oktober 1971 meldete sich Flach »aus der Reserve in den aktiven Dienst der FDP zurück«. Da ihm Familie, Freunde und Kollegen »einmütig davon abgeraten« hätten, sei ihm klar, dass er diese Funktion übernehmen müsse, die ihm die Parteitagsdelegierten nahezu einstimmig anvertraut hatten.²¹ 1972 wurde Flach erstmalig – lässt man seine kurze Zeit als umtriebiger LSD-Studentenparlamentarier im Berlin der frühen 1950er Jahre außen vor – in eine parlamentarische Funktion gewählt: Bei den Bundestagswahlen zog er über die hessische Landesliste der FDP ins Parlament ein. Die Vielzahl übernommener Funktionen in Partei und Parlament überstieg jedoch rasch die seit Jahrzehnten weit überspannten physischen Kräfte Flachs. Nach Wochen sommerlicher Ruhe im zur Heimat gewordenen Taunus traf Flach Mitte August 1973 ein Hirninfarkt. Aus dem Koma erwachte er nicht mehr.

Mit dem Tode des »liberalen Preußen« hatte der deutsche Liberalismus im Nachkriegsdeutschland sicher einen seiner produktivsten und integersten Denker verloren. Man könnte fast geneigt sein, von prophetischer Gabe zu sprechen, wenn es im spontan veröffentlichten Nachruf des FDP-Vorsitzen-

18 Vgl. Werner Stephan: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen. Düsseldorf 1983, S. 301f.

19 Flachs prägende Jahre als Redakteur der FR reflektiert Jutta Roitsch: Zwischen FDP und FR. Wirken und Wirkung des Politikers und Publizisten Karl-Hermann Flach. In: Vorgänge Nr. 175(= H.3/2006), S. 140-147.

20 K.-H. Flach: Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift. Frankfurt/M. 1971.

21 Die Antrittsrede Flachs als Generalsekretär ist abgedruckt in: Bretschneider/Hofmann (Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 115-124.

den und Bundesaußenministers Walter Scheel hieß, mit dem Tode Flachs sei »die Inkarnation des modernen Liberalismus« verschieden.²² Flach musste die Demontage seines Verständnisses von Liberalismus, wie er es noch im Februar 1973 prägnant formuliert hatte²³, weder miterleben noch gar exekutieren.

2. *Die Lebenswege: Hermann Turley (1926 – 2007)*

Flachs Biographie führte ihn vom Osten des damaligen Deutschlands durch drei politische Systeme in den Westen. Hermann Turley führte der Lebensweg vom Westen in die Mitte, oder besser: in den neuen Osten des Nachkriegsdeutschland.²⁴ Auch er sollte jedoch, wenngleich unter gänzlich anderen Voraussetzungen als Flach, drei politische Systeme auf deutschem Boden erleben. So leicht und zukunftsgewiss für Turley der Weg vom ersten zum zweiten dieser Systeme gewesen sein dürfte, um so schwerer dürfte ihm der Eintritt in das dritte System gefallen sein. Es gibt zahlreiche Indizien, die darauf hindeuten, dass Turley zu jenen ehemaligen Bürgern des »zweiten deutschen Staates« gehörte, deren politische Sozialisation sie subjektiv mit der Überzeugung ausgestattet hatte, dass sich das dritte vom ersten politischen System ihrer Lebenszeit nur in den »Accessoires«, nicht aber in den »gesellschaftlichen Grundlagen« unterscheide.

Hermann Turley wurde am 31. März 1926 in Hamm/Westfalen in eine Arbeiterfamilie geboren. Der als Schlosser tätige Vater – die Mutter kümmerte sich als Hausfrau um Hermann und seine vier jüngeren Geschwister – verlor seine dortige Arbeit und war im Laufe der 1930er Jahre gezwungen, mit der Familie ins Brandenburgische zu ziehen. In der bei Brandenburg/Havel errichteten Arbeitersiedlung Neu-Schmerzke fand er Unterkunft, Arbeit und Brot in der aufgrund der militärischen Aufrüstung prosperierenden Brandenburger Rüstungsindustrie. Sein systemkritisches Engagement sowie das Verteilen von Flugblättern brachten Hermann Turleys Vater eine Haftstrafe ein, die er – wie der später weit berühmtere Häftling Erich Honecker – im Zuchthaus

22 Vgl. Josef M. Gerwald: Generalsekretär der F.D.P. In: Bretschneider/Hofmann(Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 36-41, hier S. 40.

23 K.-H. Flach: Freiburg verpflichtet. Nachgedruckt (nach dem »liberal«-Beitrag vom Februar 1973) in: Bretschneider/Hofmann(Hrsg.) (wie Anm. 1), S. 124-126. Vgl. jüngst auch die Würdigungen Flachs – anlässlich seines 80. Geburtstages auf einer vom Verein Liberaler Akademiker in Bötzingen (Kaiserstuhl) organisierten Feierstunde – durch Ruth Wagner und Barthold C. Witte, abgedruckt in: Liberale Perspektiven 4/2009, S. 6ff. bzw. S. 10-13.

24 Die Angaben zur Biographie Turleys gehen ganz wesentlich auf das Gespräch zurück, dass der Verf. am 19. Februar 2008 in Potsdam mit der Witwe Turleys, Frau Waltraud Turley, und ihrem Sohn, Herrn Herbert Turley, führen durfte. Der Verf. bedankt sich bei den Gesprächspartnern für ihre Auskunft- und Unterstützungsbereitschaft.

Brandenburg-Görden absaß, befreit erst – und hier anders als Honecker – durch den Einmarsch der Sowjets im April 1945.

Nach Beendigung der Volksschule hatte der Arbeitersohn Hermann Turley zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eine Maschinenschlosserlehre in den Brandenburger »Havel-Werken GmbH« begonnen. Diese waren ein u. a. auf die Herstellung von Artillerie- und Flugabwehrgeschützen spezialisierter Rüstungsbetrieb, Tochterunternehmen der seit 1932 als Aktiengesellschaft firmierenden, bereits 1871 von den Gebrüdern Reichstein gegründeten »Brennabor-Werke« in Brandenburg.²⁵ Noch während des Krieges erkrankte Turley an TB und musste daraufhin seinen Ausbildungsberuf wechseln; er erlernte nun den Beruf des Technischen Zeichners. Die Krankheit griff immer wieder nach ihm; kurz nach Kriegsende musste er sich erneut einem Sanatoriumsaufenthalt unterziehen.

Brandenburg bzw. der Wahlkreis Westhavelland (vor 1918) – und z.T. auch der Wahlkreis Potsdam I der Weimarer Republik – waren seit den ausgehenden 1890er Jahren Hochburgen der Sozialdemokratie gewesen. Brandenburg als herausragender Standort der Stahlerzeugung und der Metallverarbeitung war politisch in hohem Maße von der sozialistischen, seit den 1920er Jahren auch der kommunistischen Arbeiterbewegung dominiert. Auch dies erklärt, warum die Stadt unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetischen Militäradministration in die Obhut von Vertretern der Arbeiterparteien übergeben wurde. Auf einen Sozialdemokraten folgte als kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt rasch bereits im Mai 1945 der in Brandenburg geborene Alt-Kommunist Max Herm, der schon 1926 in die Brandenburger Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war, 1932/33 für die KPD dem Reichstag angehört hatte und dann im April 1933 von den NS-Machthabern für Jahre ins KZ Buchenwald weggesperrt worden war.²⁶ Noch 1945 wechselte Herm in die Berliner »Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge«; als Brandenburger Oberbürgermeister folgte ihm ein nicht minder profilierter Altkommunist und KPD-Funktionär, der ehemalige führende Funktionär des Rot-Front-Kämpferbundes und Berliner Stadtverordnete Fritz Lange.²⁷ Dies war das politische Szenarium, in dem das »Proletarierkind«

25 Zur Geschichte dieses bis in die 1930er Jahre größten Kinderwagen- und Fahrradherstellers in Europa, der noch in den 1920er Jahren zugleich zweitgrößter Automobilproduzent in Deutschland war, vgl. Bertold Pavel (Hrsg.): Von Brennabor bis ZF Brandenburg. Eine Industriegeschichte. Berlin 1996.

26 Vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch. Berlin 2004, S. 302f.

27 Vgl. ebd., S. 433f. Lange hatte auch später hohe Funktionen in Staat und Partei inne, so 1954–1958 die des Ministers für Volksbildung, bis er nach dem SED-Parteitag 1958 – als Anhänger der Schirdewan-Gruppe identifiziert – plötzlich in politische Ungnade fiel. Vgl. Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Berlin u.a., 2003, S. 562.

Hermann Turley zunächst Mitarbeiter des Städtischen Amtes für Jugend und Kultur, dann rasch auch Mitglied der KPD, schließlich der SED wurde. In dieser Doppelfunktion profitierte Turley von der Tatsache, dass das so genannte »Erste Parlament« der (im März 1946 formierten) »Freien Deutschen Jugend« vom 8. bis 10. Juni 1946 just in Brandenburg stattfand. Der Jungkommunist war in die Vorbereitungen involviert und nutzte offenbar dieses glückliche Zusammentreffen, um eine Vielzahl wertvoller und bleibender persönlicher Kontakte gerade in die (kommunistische) Führungsriege der FDJ zu entwickeln. In der Folgezeit nahm er aktiv teil an ideologischen Schulungsaktivitäten von Partei und politischem Jugendverband.

Nach Kriegsende hatte Turley in Brandenburg seine spätere Ehefrau Waltraud kennen gelernt. 1947 wurde geheiratet, bevor der junge Ehemann von einem erneuten TB-Schub übermannt wurde. Es schloss sich ab der zweiten Jahreshälfte 1947 ein monatelanger Aufenthalt im Sanatorium Neufriedrichsdorf an – Ort der zufälligen Begegnung mit Karl-Hermann Flach. Waltraud Turley, die im September 1947 ganz ohne den Beistand ihres Ehemannes den gemeinsamen Sohn Herbert zur Welt gebracht hatte, erinnerte sich an die zahllosen politischen und anderen Gespräche, die die beiden Zimmergenossen im Sanatorium hatten und die ihr bei gelegentlichen Besuchen oder späterhin zugetragen wurden – Gespräche »über Gott und die Welt«. Gut in Erinnerung blieb Waltraud Turley der junge Ostpreuße Flach: ein »schmaler Kerl, sehr nett, sehr galant«, an allem interessiert. Man lernte auch andere Familienangehörige kennen, die die beiden Rekonvaleszenten im Sanatorium besuchten, so Flachs Mutter Margarethe und seine Schwestern.²⁸

Nach dem Sanatoriumsaufenthalt zog Turley mit seiner jungen Familie nach Plessow bei Werder im Havelland. Dort unterhielt die durch Befehl der SMAD vom 4. Juni 1947 als zentrale Verwaltungsinstanz der SBZ geschaffene »Deutsche Wirtschaftskommission« im ehemaligen Gutshof der märkischen Adelsfamilie von Rochow eine Ausbildungsstätte²⁹. Vermutlich erhielt Turley in den kommenden knapp zwei Jahren eine quasi-akademische Ausbildung, die ihn zum Unterricht im Fach »Marxismus-Leninismus« qualifizierte, ein Ausbildungsweg, der dem von Zehntausenden so genannter »Neulehrer« – oft mit proletarischem Hintergrund und ohne formale bildungsmäßige Voraussetzungen – entsprach. 1950 wechselte Turley dann als Lehrer für Marxismus-Leninismus zur Kreisparteischule der SED für Zentrale Staatliche Organe nach Schiffmühle (heute Ortsteil von Bad Freienwalde). Auch hier

28 In Flachs Brief vom 17.10.1948 (wie Anm. 1) heißt es abschließend: »Schönen Gruß auch von meiner Mutter! Weißt Du noch, wie wir gemeinsam feierten?«

29 Schloß Plessow, seit 2003 mit der Gemeinde Plötzin in die Havelstadt Werder eingemeindet, war in späteren Jahren Sitz der Ausbildungsstätte der DDR-Zollverwaltung. Seit Mitte der 1990er Jahre ist dort das Bildungszentrum der Bundesfinanzverwaltung, Münster-Nordkirchen, Außenstelle Plessow untergebracht.

traf Turley – ob als Kollege oder als Lehrer – zahlreiche Menschen, die nachfolgend in Staats- und/oder Parteiapparat der DDR leitende Funktionen innehaben sollten. 1953 zog Turley mit seiner Familie nach Potsdam, worauf er ein wirtschaftswissenschaftliches Studium am Institut für Gesellschaftswissenschaften (IfG) beim ZK der SED aufnehmen konnte. Dieses Studium war ein erstrangiges gesellschaftliches Privileg, galt das IfG doch als ausgesprochene Kaderschmiede der »Partei der Arbeiterklasse«: Am IfG wurden »Nomenklaturkader bzw. Nachwuchsnomenklaturkader der SED aus allen gesellschaftlichen Bereichen entsprechend der Nomenklaturordnung und den Kaderrichtlinien« der Partei in einem vierjährigen Studium zur Promotion geführt. Als Hermann Turley dort zu studieren begann, war dies noch ohne einen vorgängigen Studienabschluss möglich; jedoch schon in den 1970er Jahren war die Aufnahme der Aspirantur in der Regel an einen vorherigen Studienabschluss gebunden.³⁰

Am IfG legte Turley im September 1959 seine Dissertation vor, die der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus, der als die in Westdeutschland herrschende Ideologie perzipiert wurde, gewidmet war. Ganz im Zentrum seiner wissenschaftlichen Forschungen stand dabei Person und Werk Walter Euckens. Bei einem Studienaufenthalt in Freiburg/Br. hatte Turley Kontakt zu Euckens Witwe, Edith Eucken-Erdsieck, aufnehmen können, die ihm offenbar Einsicht in persönliche Aufzeichnungen des bedeutenden ordoliberalen Ökonomen gewährte. 1961 konnte Turley seine Dissertation, die u.a. von Johann Lorenz Schmidt³¹ wissenschaftlich betreut worden war,

30 Vgl. hierzu DDR-Handbuch. 3. A., Köln 1985 Bd. 1: Stichwort »Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED«, S. 34f. und das Stichwort »Kaderpolitik«, S. 697-702. Zur akademischen Bildung in der DDR bis in die 1960er Jahre zusammenfassend: Ralph Jessen: Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbrichtära. Göttingen 1999. Zur Geschichte von IfG/AfG: Lothar Mertens: Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin u.a. 2004.

31 Schmidt (1900-1978) ist besser bekannt unter seinem Geburtsnamen László Radványi. Als Sohn einer bürgerlichen, jüdischen Familie in Budapest emigrierte er nach dem Scheitern der Räterepublik nach Deutschland, wo er in Heidelberg u. a. Soziologie und Wirtschaftswissenschaften bei Karl Mannheim und Georg Lukács studierte. Nach Eintritt in die KPD 1924 heiratete Radványi im Folgejahr die junge Mainzer Philologin Netty Reiling, die wenige Jahre später unter dem Künstlernamen Anna Seghers zu einer bekannten und angesehenen Schriftstellerin werden sollte. 1925 wurde R. die Leitung der Berliner »Marxistischen Arbeiterschule«, später zudem die Leitung der theoretischen Zeitschrift »Der Marxist« übertragen. R. der seit den 1930er Jahren den Namen Johann Lorenz Schmidt führte, war einer der herausragenden Intellektuellen im Umfeld der KPD, auch im französischen Exil seit 1933 Initiator akademischer Initiativen, wie der Gründung der »Freien Deutschen Hochschule« in Paris. 1941 konnte R./S. mit seiner Familie nach Mexiko emigrieren, wo er eine Dozentur an der Nationaluniversität innehatte. Erst 1952 kehrte R./S. nach Deutschland zurück; er erhielt in Ost-Berlin eine Professur für »Probleme des gegenwärtigen Imperialismus« am IfG, wurde dann stellvertr. Direktor des Instituts für Politische Ökonomie der Humboldt-Universität. Seit 1961 leitete R./S. die Lateinamerika-Gesellschaft der DDR.

im angesehenen Akademie-Verlag publizieren.³² Die ideologischen Bewertungsmaßstäbe für die Auseinandersetzung mit Ordo- und Neoliberalismus hatte allerdings bereits Robert Naumann, Prof. für Politische Ökonomie an der Ost-Berliner Humboldt-Universität und Mitglied des ZK der SED, mit seiner Publikation zu »Theorie und Praxis des Neoliberalismus« vorgelegt, die den nicht unmittelbar auf Wissenschaftlichkeit hindeutenden Untertitel »Das Märchen von der freien oder sozialen Marktwirtschaft« trug.³³

Nach seiner Promotion fungierte Turley von 1962 bis 1965 als Persönlicher Referent des Direktors des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) zu Berlin. Er war somit enger Mitarbeiter eines der einstmals einflussreichsten Politiker der DDR, des ehemaligen Politbüromitgliedes Fred Oelßner.³⁴ Dieser hatte als für Agitprop-Fragen zuständiger Sekretär des ZK der SED im Juni 1953 – neben Ulbricht und Grotewohl – an der berühmten Moskau-Reise teilgenommen, auf der die neue Führung der KPdSU die Genossen aus Berlin auf den neuen, poststalinistischen Kurs einzustimmen versucht hatte. Als der schon damals mit eindeutiger Kritik an Ulbricht nicht sparende Oelßner 1957/58 erneut zu den partei-internen Kritikern – verbunden zumeist mit den Namen Karl Schirdewan und Ernst Wollweber – gehörte, traf ihn die Parteistrafe »wegen wiederholter Verletzung der Disziplin des Politbüros und der Weigerung, sich in das Kollektiv des Politbüros einzufügen«³⁵ hart, aber dosiert. Oelßner wurde im Februar 1958 aus dem Politbüro ausgeschlossen, dann sämtlicher Ämter und Partei-

- 32 Hermann Turley: Neoliberale Monopoltheorie und »Antimonopolismus«. Ein Beitrag zur Aufdeckung des apologetischen Charakters des Neoliberalismus in Westdeutschland (Deutsche Akademie der Wissenschaften. Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften Nr. 10). Berlin (DDR) 1961 (zugleich Diss., IfG, Sept. 1959). Der Untertitel war damit gegenüber der Dissertation leicht verändert, in dem ein »Beitrag zur Entlarvung des apologetischen Charakters...« avisiert wird. Als weitere Publikation Turleys liegt vor: Zu einigen Fragen der Monopoltheorie u. des apologetischen Antimonopolismus der westdeutschen Neoliberalen. In: Probleme der politischen Ökonomie. (= Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Bd. 3) Berlin 1960.
- 33 Der über eine makellose proletarische Biographie (inkl. eines jahrzehntelangen Aufenthalts in der Sowjetunion) verfügende Naumann (geb. 1899) hatte sein Ordinariat seit 1951 inne. Die »akademischen« Sporen hatte er sich als Instrukteur in der marxistisch-leninistischen Schulungsarbeit mit deutschen Kriegsgefangenen in verschiedenen Antifa-Schulen der Sowjetunion verdient. 1957 legte er seine o.g. Publikation im Ost-Berliner »Verlag Die Wirtschaft« vor. 1959 bereits erhielt er – ein Jahr vor dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht – den sozialistischen Verdienstorden »Banner der Arbeit«. Im selben Jahr promovierte die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin Prof. Naumann mit der 1957 vorgelegten Publikation zum »Dr. rer.oec.«. Naumann gehörte zum harten stalinistischen Kern der SED um die Parteihochschul-Rektorin Hanna Wolf (s. Siegfried Prokop: Kein Gomulka war in Sicht. In: Freitag 44/03.11.2006).
- 34 Eine – in ihrer Ausklammerung unliebsamer historischer Fakten typische – Würdigung Oelßners aus DDR-marxistischer Sicht findet sich bei: Gabriele Dittmann: Fred Oelßner. In: W. Krause/K.-H. Graupner/R. Sieber(Hrsg.): Ökonomenlexikon. Berlin (DDR) 1989, S. 395ff.
- 35 So der Wortlaut des Politbüro-Beschlusses vom 1. Februar 1958, zit. bei: H. Amos (wie Anm. 25), S. 519.

funktionen enthoben.³⁶ Als »Kompensation« blieb Oelßner, der seit 1956 eine Professur für Politische Ökonomie am IfG innegehabt hatte, jedoch die Leitung des Akademieinstituts. Aus diesen Jahren bei der DAW datierte auch Turleys langjährige freundschaftliche und geistige Verbindung zu Prof. Dr. Herbert Meißner, dem zeitweiligen Leiter der Abteilung Geschichte der Politischen Ökonomie am Institut für Wirtschaftswissenschaften der DAW, mit dem Turley bis an sein Lebensende Kontakt hielt.

Schon in den 1960er Jahren wechselte Turley in den der DAW angegliederten, bereits 1946 gegründeten Akademie-Verlag³⁷, in dem er später über zwei Jahrzehnte – bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1991 – die Funktion eines der beiden »Cheflektoren« ausübte. Im Verlagssystem der DDR waren die Cheflektoren – neben dem Verlagsleiter in seiner administrativen Funktion – ganz entscheidend nicht nur an der Programmauswahl, sondern auch an der ideologischen Ausrichtung des Verlages beteiligt. In einer Anleitung zur Lektorsarbeit aus den 1950er Jahren hieß es daher auch eindeutig, dass eine der wichtigsten Funktionen des Lektors darin bestehe, »Autoren und Mitarbeiter ideologisch und fachlich anzuleiten«.³⁸ Die Cheflektoren erteilten das Imprimatur und waren direkt der jeweiligen Aufsichtsbehörde verantwortlich; dies war für die Belletristikverlage die »Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel« im Ministerium für Kultur, für den der DAW (seit Oktober 1972: Akademie der Wissenschaften der DDR) angegliederten Akademie-Verlag jedoch der Ministerrat der DDR. Die Parteilichkeit in der Verlagsarbeit im Sinne der herrschenden sozialistischen Parteidoktrin entsprach der vornehmlichen Intention der Aufsichtsbehörden; dies galt für literarische, aber nicht minder für Wissenschafts- und Fachverlage.³⁹

In seiner demnach – aus der Sicht des Systems – von hoher politisch-ideologischer Verantwortung geprägten Funktion dürfte der überzeugte Kommunist Turley den Führungskadern von Partei und Staat keine Kopfschmerzen bereitet haben. Diese Überzeugungstreue war von besonderer Wichtigkeit in einer

36 Zur Entmachtung Oelßners im Dezember 1957 resp. Februar 1958 vgl. H. Amos (wie Anm. 25), S. 481ff., spez. S. 506–519. Zur Rolle Oelßners im Jahre 1953 vgl. Manfred Wilke/Tobias Voigt: 'Neuer Kurs' und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953. In: András Hegedüs/Manfred Wilke: Satelliten nach Stalins Tod. Der »Neue Kurs«, 17. Juni 1953 in der DDR, ungarische Revolution 1956. Berlin 2000, S. 24–116.

37 Zur Geschichte des Akademie-Verlages: Siegfried Lokatis: Wissenschaftler und Verleger in der DDR. Das Beispiel des Akademie-Verlages. In: Geschichte und Gesellschaft, Heft 1, 1996, S. 46–61.

38 S. Hermann Lewy/Dieter Raab: Lektorat und Redaktion im Buchverlag. Leipzig 1956, S. 48f. Zur Bedeutung des Lektoratswesens in den Buchverlagen der DDR zusammenfassend: Ute Schneider: Der unsichtbare Zweite. Die Berufsgeschichte des Lektors im literarischen Verlag. Göttingen 2005, S. 229–238.

39 Vgl. Siegfried Lokatis: Mechanismen der Anpassung und Kontrolle in einer differenzierten Verlagslandschaft. In: S. Barck/M. Langermann/S. Lokatis: 'Jedes Buch ein Abenteuer'. Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre. Berlin 1997, S. 106–108.

Institution, die gelegentlich auch eine gewisse »Rückzugs-« oder Nischenfunktion für nur bedingt Systemkonforme hatte. So gehörte dem Akademie-Verlag beispielsweise seit den frühen 1970er Jahren der spätere sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Reinhard Höppner (als Fachlektor Mathematik) an, der schon seit 1980 als Präses der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen eine das etablierte DDR-System eher irritierende Funktion innehatte. Turley war u.a. auch für die Kooperation des Akademie-Verlages mit Verlagen der Bundesrepublik Deutschland zuständig; hierzu gehörte z.B. die sehr enge Verbindung zu dem in Köln ansässigen, damals landläufig als dem Umfeld der DKP zugehörig geltenden Pahl-Rugenstein-Verlag.⁴⁰

Neben seinem beruflichen Einsatz und dem politischen Engagement in der Grundorganisation der SED war Turley auch gesellschaftlich aktiv. Seit seinen jungen Jahren waren er, besonders aber auch seine Ehefrau Waltraud, passionierte Fotografen, die sich als Mitglieder der »Gesellschaft für Fotografie« der DDR an zahlreichen Ausstellungen beteiligten. Seit den 1970er Jahren war Turley als Repräsentant der »Gesellschaft für Fotografie« zugleich auch Mitglied des Präsidialrates des Kulturbundes der DDR. Neben zahlreichen Ehrungen für sein fotografisches Schaffen, vor allem auch als Sportfotograf, wurde Turley mit der Johannes-R.-Becher-Medaille des Kulturbundes in Silber und in Gold ausgezeichnet.⁴¹ Dem Hobbyfotografen wurde nach der »Wende« eine weitere große Ehrung seines fotografischen Schaffens zuteil, als ihm 1997 bei der »2. Bundesweiten Brandenburger Barnack-Bildautoren-Biennale« der Preis des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg zuerkannt wurde.

Wie aufgrund seiner gesellschaftlichen Herkunft und politischen Sozialisation wenig überraschend, blieb Hermann Turley nach der »Wende« seinen politischen Überzeugungen kompromisslos treu: Er wurde Mitglied der PDS, engagierte sich in deren »Kommunistischer Plattform«. Für Turley bedeutete die

40 Zur Einbindung des Pahl-Rugenstein-Verlages in das Kooperationsnetzwerk der DDR in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Udo Baron: *Kalter Krieg und heisser Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«*. Berlin u.a., 2003, S.55ff.

41 Kulturbund der Deutschen Demokratischen Republik, Gesellschaft für Fotografie (Hrsg.): *Symposium zu Aspekten der Fotografieentwicklung in der DDR von 1945 bis 1965*, Leipzig 1985. Mit Beiträgen von Walter Heilig, Peter Pachnicke, Wolfgang Kil, Hermann Turley u.a. (Leipzig 1986). Turleys letzte Publikation »Erfolgreiche DDR-Sportler im Blickwinkel eines Amateurfotografen« wurde in dem von der »Unabhängigen Autoren- und Künstlergemeinschaft 'Als Zeitzeugen erlebt'« herausgegebenen Sammelband unter dem Titel »«DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft», Schkeuditz 2007, S. 339ff., publiziert. Dieser Sammelband dürfte auch den geistigen Rahmen jenes Milieus DDR-nostalgischer Altkommunisten abstecken, in dem sich Turley bis an sein Lebensende bewegte. Der hier waltende Geist kommt idealtypisch in dem Beitrag des ehemaligen Stasi-»Kundschafters« bei Friedensbewegung und »Grüner« Bundestagsfraktion der alten Bundesrepublik, George Pumphrey, zum Ausdruck, dessen Sammelbandbeitrag schlicht überschrieben ist: »Für mich war und bleibt die DDR der bessere deutsche Staat.«

»Wende« nicht einen historischen Einschnitt, der zum Hinterfragen eigener, liebgewordener ideologischer Konzepte Anlass gab, sondern allenfalls eine neue, weitere Etappe im Kampf gegen Kapitalismus und Klassenherrschaft – wie er sie verstand. Turley gehörte zu den Mitgründern des – wie in vielen Städten der ehemaligen DDR, so auch in Potsdam bereits 1990 entstehenden – »Komitees für Gerechtigkeit«, in dem sich vor allem ehemalige Funktionsträger des SED-Systems zu Anwälten der ostdeutschen Bevölkerung gegen den »Ausverkauf der DDR«, gegen Benachteiligungen aller Art und gegen »Sozialabbau« zusammaten.⁴² Von derart zeittypischen »Benachteiligungen« sah sich Turley auch persönlich betroffen: Der 1990 erfolgte Ankauf des seit 1953 bewohnten Hauses musste später – wohl aufgrund von Rechtsansprüchen ehemaliger, vermutlich nun in Westdeutschland beheimateter Eigentümer – »rückabgewickelt« werden. Turley sah darin eine persönliche Ranküne, die sich gegen seine Biographie wie sein politisches Engagement in der Gegenwart richtete. Bis in seine letzten Lebensmonate betätigte er sich als Vorsitzender des Potsdamer »Komitees für Gerechtigkeit« und als Organisator (zunehmend zu Nischenveranstaltungen geratender, sporadischer) »Montagsdemos gegen Hartz IV und Sozialraub«. Wichtiges Anliegen war Turley auch die rechte Würdigung des Einsatzes der Sowjetarmee für die Befreiung von der NS-Herrschaft.⁴³ Auch hier ließ er sich in seinen Grundüberzeugungen nicht von Anmutungen historischer Faktizität anfechten.

Am 6. April 2007 verschied Turley, dem eine ihn schon seit den 1960er Jahren plagende Diabetes zuletzt sogar das Augenlicht geraubt hatte, in seiner Heimatstadt Potsdam. In einem zugleich Anerkennung wie vorsichtigen Zweifel andeutenden Nachruf seiner politischen Gesinnungsgenossen hieß es,

42 Eine Darstellung der Arbeit der »Komitees für Gerechtigkeit« aus der Feder zweier noch heute im Umfeld der PDS/Die Linke oder anderer Vorfeldorganisationen tätiger ehemaliger Kader des DDR-Wissenschafts- bzw. Staatsapparates: Hans-Joachim Fieber/Johannes Reichmann (Hrsg.). Komitees für Gerechtigkeit. Erwartungen, Meinungen, Dokumente. Frankfurt/M. 1995. Eine frühe, um Verständnis für die Arbeit der »Komitees für Gerechtigkeit« bemühte Analyse aus westdeutscher Sicht bietet: Rainer Lucas: »Empfange unsere Gnade, Ossi«. Es gibt nicht nur Miesmacher in den »Komitees für Gerechtigkeit«. In: Die Zeit 35/21.08.1992.

43 Am »Grünen Gitter« des Schlosses Sanssouci demonstrierte das Potsdamer »Komitee für Gerechtigkeit« z. B. im Jahre 2006 gegen die Demontage einer dort einst befestigten, derweil in museales Depot verbannten Gedenktafel aus DDR-Zeiten, die den »Sowjetsoldaten« für ihren Einsatz zum Schutz des Schlosskomplexes Sanssouci »vor der Zerstörung durch die Faschisten« dankte. Vgl. Potsdamer Neueste Nachrichten vom 09.05.2006. Ein im Jahre 2005 verteiltes, von Turley verfasstes Flugblatt erinnerte an den Potsdamer Ehrenbürger, den Kunstwissenschaftler und Oberleutnant Evgenij Fedorovič Luďšuwejt, der in DDR-Zeiten als »Retter von Sanssouci« gefeiert und hoch geehrt wurde. Zur Auflösung dieses zeittypischen Mythos der Sowjetverehrung: Erhart Hohenstein: Die Legende von Ludschuwejt. Sowjetischer Oberleutnant sicherte als Mitglied der Trophäenkommission Kunstschätze als Kriegsbeute. In: Potsdamer Neueste Nachrichten vom 28.04.2005. Vgl. auch Hans-Rüdiger Karutz: Die Mär von der Sowjet-Rettung Wer bewahrte Sanssouci vor der Vernichtung? – Diskussion um Gedenktafel. In: Die Welt, 16.03.2000.

Turley werde als Vorsitzender des hiesigen »Komitees für Gerechtigkeit« »vielen gleichsam als hartnäckiger Initiator regelmäßiger Kundgebungen am Deserteursdenkmal für Frieden und soziale Gerechtigkeit unvergesslich bleiben«. ⁴⁴ Mit dem Tode Turleys verlor die kommunistische Bewegung in Deutschland einen treuen, von den Wirrungen und Wendungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts bis zuletzt völlig unbeirrten Parteigänger und Aktivisten.

3. *Die Quellen*

Die hier vorliegende Quellenedition stützt sich auf Dokumente aus dem Nachlass von Hermann Turley, die dem Archiv des Liberalismus(AdL), Gummersbach, von der Familie Turley dankenswerter Weise überlassen wurden. ⁴⁵ Dabei handelt es sich um einen Ausriss aus der NdZ vom Juni 1949 mit einem Leitartikel Flachs unter der Überschrift »Kapital und Arbeit«, um die Durchschrift (auf Konzeptpapier) eines maschinenschriftlichen Briefes Turleys vom 20. Juni 1949 an Flach sowie um dessen ebenfalls maschinenschriftliche Antwort (im Original) vom 1. Juli 1949.

Ein weiterer, dem AdL vorliegender handschriftlicher Originalbrief Flachs an Turley vom 17. Oktober 1948 enthält im Wesentlichen persönliche, z. T. bereits zitierte Angaben zur Lebenssituation Flachs, so dass auf dessen Gesamtabruck verzichtet werden konnte. Dieser Brief macht deutlich, dass sich Flach im Verlaufe des Jahres 1948 schriftlich an Turley gewandt hatte, ohne eine Antwort zu erhalten: »Ich schreibe wieder, weil ich es schon zweimal getan habe, ohne von Dir Antwort zu erhalten. Ich weiß nicht, warum. Sollten meine Briefe verloren gegangen sein, oder solltest Du unsere gegensätzliche politische Auffassung, deren ungeachtet wir doch eine so gute Kameradschaft hegten, zum Anlass nehmen, mich keines Schriebs zu würdigen?« ⁴⁶

Es gibt derzeit keine Hinweise auf spätere schriftliche oder auch persönliche Kontakte zwischen Flach und Turley.

Die editorische Bearbeitung beschränkt sich im Wesentlichen auf die Kommentierung der Quellentexte. Orthographische Fehler oder solche der Interpunktion wurden stillschweigend korrigiert, ohne in die zeittypische Schreibweise einzugreifen.

44 »Unvergesslicher Kämpfer für Gerechtigkeit: Dr. Hermann Turley«. In: Potsdams andere Seiten. Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt, S. 12. Vgl. auch den Nachruf auf Turley in der »Märkischen Allgemeinen« vom 17. April 2007.

45 Die Archivalien sind verzeichnet unter ADL 29284/4.

46 Brief Flachs (wie Anm. 1).

Kapital und Arbeit⁴⁷

Neue Wege liberaler Wirtschaftspolitik

Von Karl-Hermann Flach

Wir Liberal-Demokraten haben immer betont, daß wir Karl Marx als Kritiker der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände seiner Epoche anerkennen. Wir glauben aber, daß die Entwicklung – besonders bei uns – nicht im einzelnen den von Marx vorgezeichneten Weg eingeschlagen hat und lehnten daher die von ihm vertretene Ansicht über die Lösung des Problems ab.⁴⁸ Die einfache Überführung aller Produktionsmittel in Staatsbesitz, wie die Sozialisten vorschlagen, birgt die Gefahr der Bürokratisierung, die weder der Erzeugung, noch dem Verbrauch nützlich ist. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Bildung von überdimensionalen wirtschaftlichen Gebilden in privater oder öffentlicher Hand den liberalen Grundsätzen widerspricht. Wir waren es daher auch, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Privatwirtschaft zu schützen und zu erhalten versuchten und tun das auch heute noch. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß wir mit dieser Haltung eine bewußt konservative Stellung einnehmen, denn wir geben damit unserem Willen zur Erhaltung eines bestehenden Zustandes Ausdruck. Wir sagen, daß die Privatwirtschaft, besonders im Klein- und Mittelmaßstab, zur Erfüllung der dringlichen Aufgaben der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik notwendig ist und daher erhalten werden muß. Wir glauben auch, daß ein Uebergang zu anderen Wirtschaftsformen in zwangsweiser [sic!], evolutionärer Entwicklung erfolgen muß und nicht von heute auf morgen vorgenommen werden darf. Man kann die Faktoren, die eine Theorie für ihre Verwirklichung voraussetzt, nicht künstlich schaffen, sondern muß warten, ob oder bis diese in natürlicher Entwicklung eintreffen!

Wir gehen an die Lösung der Probleme von gänzlich anderen Ausgangspunkten heran als die Marxisten. Für uns steht im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns der Mensch als Einzelpersonlichkeit, dem die Entfaltung aller seiner Kraft ermöglicht werden muß. Deshalb bekennen wir uns zur persönlichen Initiative, die auf allen Gebieten des Lebens – auch bei der Wirtschaft – die höchsten Leistungen hervorbringt. Aber auch wir können uns auf die Dauer nicht mit einer bewußt konservativen Haltung begnügen. Es reicht nicht aus, bestandene und bestehende Faktoren zu erhalten, es müssen auch neue Wege

47 Der Zeitungsauriss im Besitz H. Turleys trägt dessen handschriftliche Anstreichungen.

48 Dieser Satz ist gesondert markiert und trägt einen nicht zu entziffernden hschriftl. Randvermerk Turleys.

gesucht und begangen werden. Eine politische Richtung wird für die Zukunft nur Bestand haben, wenn sie eine neue Ordnung anstrebt. Allerdings darf hierbei nicht krasser Opportunismus eine Rolle spielen. Es muß ein eigener Weg eingeschlagen werden.

Wir sagten, daß wir die Kritik des Marxismus im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau seiner Epoche für nicht unberechtigt halten. Wir meinen ebenfalls, daß diese Lösung des Problems für uns nicht maßgebend sein kann. Also müssen wir neue Wege gehen und auch neue Lösungen suchen.

Da befindet sich in unserem Eisenacher Parteiprogramm⁴⁹ eine Forderung, die für den Fortschritt des Wirtschafts-Liberalismus von grundsätzlicher Bedeutung ist, die leider aber bisher nicht die ihr zukommende Beachtung gefunden hat. Es heißt im Absatz 2 (Wirtschaftspolitik) des dritten Abschnittes (soziale Wirtschaftsordnung⁵⁰): »Bestrebungen zur Ueberwindung der Nur-Lohnarbeit sind zu fördern.«⁵¹ Das ist ein moderner Weg, den wir in der Zukunft unserer Wirtschaftspolitik beschreiten müssen.

Es wird Aufgabe unserer Wirtschaftstheoretiker sein, hier im Einzelnen Pläne zur Realisierung dieser Forderung auszuarbeiten. Der Arbeitnehmer, der ebenfalls am Zustandekommen des höheren Ertrages eines Unternehmens mitgewirkt hat, ging bisher leer aus. Wurden die Leistung und der Gewinn eines Unternehmens gesteigert, so floß dieser dem Eigentümer des Unternehmens zu, gleichgültig, ob der Unternehmer eine Privatperson oder eine öffentliche Hand war. Die Sozialisten sind bemüht, hier die Belohnung in dem Bewußtsein des Arbeitenden zu sehen, für die Allgemeinheit etwas geleistet zu haben. Aber die Tatsache, daß durch erhöhte Leistung das Endprodukt verbilligt und die Kaufkraft des Lohnes indirekt erhöht wird, genügt noch nicht.

49 Das »Eisenacher Programm« der LDP wurde auf ihrem Dritten Parteitag (26./27. Februar 1949) in der thüringischen Stadt verabschiedet. Es ist abgedruckt in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand. Die LDP in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949. Bonn 1978, Dok. 108, S. 138ff. Zur Programmdiskussion im Vorfeld des Parteitages vgl. Theo Rütten: Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten. Baden-Baden 1984, spez. S. 314-333. Die partei-offizielle Einschätzung des Parteitages durch die LDPD der DDR bei: R. Agsten/M. Bogisch/W. Orth (Hrsg.): LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Berlin (DDR) 1985, S. 141-159.

50 Im Programmtext korrekt: »Sozial- und Wirtschaftsordnung«. Das Programm setzt sich aus einer Präambel sowie den Abschnitten »Mensch und Gesellschaft«, »Staat und Recht«, »Sozial- und Wirtschaftsordnung« und »Kulturpolitik« zusammen. Der dritte Abschnitt umfasst die Absätze »Sozialpolitik«, »Wirtschaftspolitik« und »Finanzpolitik«.

51 Diese Aussage findet sich im Programmtext ohne weitere Ergänzung und ohne direkten sachlichen Zusammenhang nach Ausführungen zu Unternehmenspartnerschaft und Mitbestimmung der Arbeitnehmer, vor einer Passage zur Landwirtschaft. Die Formulierung entstammt wortgleich den von einer Programmkommission der LDP im August 1948 erarbeiteten »Leitsätzen« (abgedruckt in den LDP-Informationen, Nr. 16/1948), die die Grundlage einer breiten innerparteilichen Programmdiskussion im Vorfeld des Parteitages bildeten.

Wir Liberal-Demokraten können mit dieser rein schematischen Lösung nicht zufrieden sein. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß der einzelne den Erfolg seiner Arbeit oder Mitarbeit erhalten soll. Der progressive Leistungslohn löst auch selbst, wenigstens zu einem Teil, die Frage nicht vollkommen.⁵² Er belohnt zwar die einzelne höhere Leistung und kann auch zur Steigerung derselben beitragen. Der Enderfolg zeigt sich aber erst im Gesamtprodukt, in der Gesamtleistung eines Betriebes oder eines Industriezweiges, an der letzten Endes jeder einzelne interessiert werden muß. Hier taucht die Frage der Gewinnbeteiligung auf. Die Lösung kann in der Schaffung von Gewinn-Verteilungskassen liegen, in die jedes Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz seines Reingewinnes abführt. Die vereinnahmten Beträge werden dann an sämtliche Angehörige des betr[effenden] Industriezweiges gleichmäßig in Form etwa einer Gratifikation ausgeschüttet. Dabei muß nun allerdings auch das Risiko in Rechnung gestellt und geprüft werden, inwieweit die Gewinnbeteiligten auch an evtl. auftauchenden Verlusten ihres Unternehmens teilhaben müssen. Wie schon gesagt, muß der Weg im Einzelnen noch ausgearbeitet werden. Es ist aber klar, daß er in langsam fortschreitender, stetiger Entwicklung über die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Gewinn der Betriebe zur Arbeitnehmer- oder Arbeitsproduktiv-Genossenschaft⁵³ führen kann. Diese Lösung wird vor allen Dingen bei den Industrien angewandt werden müssen, die zwangsläufig in ihrer technischen Entwicklung zur Großform führen. Hier hat die liberaldemokratische Politik die Aufgabe, Wirtschafts- und Betriebsformen zu entwickeln, die nicht am Alten hängen bleiben, sondern der technischen und sozialen Entwicklung Rechnung tragen.

Das Ziel ist in diesem Falle auch das Volkseigentum, nur wird das Volk dann nicht durch ein anonymes, gedankliches Kollektivum, sondern durch seine reale Vertretung, die arbeitende Bevölkerung, verkörpert. Auf jeden Fall eröffnen sich bei diesem Streben nach Ueberwindung der Nur-Lohnarbeit neue Perspektiven in der Wirtschaftspolitik. Wir Liberal-Demokraten haben

52 Flach greift hier in eine zeitgenössisch intensiv geführte Diskussion über die Einführung eines neuen leistungsbezogenen Entlohnungssystems ein, wie sie sich im Anschluss an den Befehl Nr. 234 der SMAD vom 9. Oktober 1947 »zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen« entwickelt hatte. Vgl. hierzu Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999, spez. S. 365-372. Zur Diskussion über das Entlohnungssystem in der SBZ ab 1947: Jörg Rössler: Vom Akkordlohn zum Leistungslohn. In: ZfG 32(1984), H. 9, S. 778-795 und Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiss. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970. Berlin 1995, spez. S. 21-56.

53 Zum in historischer Perspektive wenig erfolgreichen Konzept der gewerblichen Produktivgenossenschaft s. Werner Kruck: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoriegeschichtlicher Beitrag. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 43(1993), H. 3, S. 197-216.

diese Forderung in unser Programm aufgenommen und müssen daher an ihrer Realisierung tatkräftig mitarbeiten.

3. b) *Brief Hermann Turleys an K.-H. Flach vom 20. Juni 1949*

Plessow, den 20.6.[19]49

Lieber Karl-Hermann!

Vor einigen Tagen erhielt ich die »Norddeutsche Zeitung« mit einem leider nicht sehr interessanten Artikel von Karl-Hermann Flach. Nun möchtest Du gewiß gerne wissen, wieso Dein Artikel für mich wenig interessant war. Um diesen Wunsch zu befriedigen, will ich Dir einige Zeilen dazu schreiben. Wer Kritik üben will, muß sich zunächst einmal mit dem Objekt der Kritik eingehend vertraut machen. Wer neue Wege als Allheilmittel vorschlägt, muß sich zunächst davon überzeugen, ob seine Wege nicht eventuell mit ausgefahrenen alten Feldwegen identisch sind. Das sind erst einmal einige allgemeine Bemerkungen. Danach könnte ich mir jede weitere Kritik sparen. Aber das wäre unkameradschaftlich, weil dann ein eventueller neuer Artikel von gleicher Unsachlichkeit getrübt wär[e]. Darum wollen wir einmal analysieren, und Du kannst das Produkt dieser Analyse dann möglichst zum Frühstück verdauen.

1. Du schreibst: »Wir Liberaldemokraten haben immer betont, daß wir Karl Marx als Kritiker der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände seiner Epoche anerkennen.« Du scheinst das Wesen der Kritik nicht zu kennen. Kritik heißt nicht nur Aufzeigen bestehender Fehler, sondern gleichzeitig das Zeigen eines Weges, der diese Fehler beseitigt. Das zweite ist ja erst der Kern der Marxschen Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse. Da Du dieses zweite ablehnst, erkennst Du die Marxsche Kritik nicht an, und daher ist der erste Satz eine elegante Lüge. Außerdem war Marx nicht nur Kritiker seiner Epoche, sondern auch unserer, d.h. der heute noch bestehenden kapitalistischen Gesellschaft.

2. Im zweiten Satz machst Du Dir die Sache einfach. Ohne zu beweisen, daß bei uns die Entwicklung anders gegangen ist, (Wo sind diese Beweise, aber bitte keine Phrasen) lehnst Du die Lösung des Problems ab.

3. Im dritten Satz sind dann wieder Unkenntnis und Unlogik vereinigt. Wo steht in der Marxschen Literatur, daß die Produktionsmittel in Staatsbesitz umgewandelt werden? Mir ist nur von einer Umwandlung des privatkapitali-

stischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum bekannt [sic!]. Allerdings spielt der proletarische Staatsapparat, getragen von der Initiative des Proletariats, dabei eine entscheidende Rolle. Weiter sprichst Du in diesem Satz von der Gefahr einer Bürokratisierung und von Erzeugung und Verbrauchern. [Der] Gefahr einer Bürokratisierung kann man durch kritisches Aufdecken der vorhandenen Schwächen entgegentreten. Erzeugung (ich nehme an, Du meinst Erzeuger) und Verbraucher sind in einer sozialistischen Gesellschaft nicht zweierlei, wie es in einer kapitalistischen der Fall ist. Erzeuger in der kapitalistischen Gesellschaft sind niemals Verbraucher des gesamten von ihnen geschaffenen Produkts. In der sozialistischen Gesellschaft, in der die Ausbeutung beseitigt ist, sind Erzeuger und Verbraucher identisch. [S]ie erhalten einen Teil der Produkte direkt und ein weiterer kommt ihnen indirekt zugute. (Über die Frage der gesellschaftlichen Akkumulation weiter unten).

Wenn ich so fortfahren wollte, jeden Satz im einzelnen zu analysieren, um Dir die Phrasenhaftigkeit Deiner Formulierungen zu beweisen, müßte ich Dir eine kleine Broschüre über den wissenschaftlichen Sozialismus schreiben. Aber das würde im Moment einige Zeit in Anspruch nehmen und wäre in gewissem Sinne auch sinnlos, da Du in jeder besseren Buchhandlung für wenig Geld die Standardwerke des wissenschaftlichen Sozialismus erwerben kannst. Ich will mich also darauf beschränken, nur noch einige Fragen daraus [sic!] zu greifen.

4. Du sprichst von einer konservativen Stellung, die ihr einnehmen müßt. Mit dieser Formulierung kennzeichnest Du klar die Stellung der LDP im Allgemeinen, aber ganz besonders ihres rechten Flügels. Konservatismus bedeutet Mißachtung neuer gesellschaftlicher Notwendigkeiten und daher objektiver Rückschritt. Ich nehme aber nicht an, daß Du Dich bewußt zum Rückschritt bekennst?

5. Im letzten Satz des ersten Abschnitts schreibst Du von Faktoren, die geschaffen werden müssen, um eine Theorie zu bestätigen.⁵⁴ Aus diesem Satz spricht abermals eindeutige Unkenntnis der marxistischen Beantwortung des Problems Lohnarbeit und Kapital. Im Besonderen spricht aber daraus die Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung. Das Wesen der marxistischen Theorie besteht nicht darin, künstliche Faktoren zu schaffen, sondern umgekehrt aus den natürlichen Faktoren die Schlussfolgerungen zu ziehen. Erst nachdem die »natürliche Entwicklung« (Ich nehme an, Du meinst die gesellschaftliche Entwicklung.) einen bestimmten Punkt erreicht hatte, entstand die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Eine Theorie also, die die beste-

54 Bei Flach heißt es: »Man kann die Faktoren, die eine Theorie für ihre Verwirklichung voraussetzt, nicht künstlich schaffen, sondern muß warten, ob oder bis diese in natürlicher Entwicklung eintreffen!«

henden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur interpretiert, sondern den Weg zur Schaffung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse aufzeigt. Die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus konnte erst zu diesem Zeitpunkt entstehen, zu einem Zeitpunkt also, zu dem alle objektiven Voraussetzungen durch die Entwicklung des Kapitalismus geschaffen waren. Wie könnte sonst der marxistische Satz »Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein«⁵⁵ Richtigkeit haben?

6. Der zweite Abschnitt beginnt mit einem Satz, der für einen unvorgebildeten Leser nichts weiter als Unklarheiten enthält. »Für uns steht im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns der Mensch als Einzelpersonlichkeit, dem die Entfaltung aller seiner Kraft ermöglicht werden muß.« Aus dieser Formulierung ergibt sich eine Frage: [M]ißachtet die marxistische Lehre den Menschen, oder ist sie gerade die Lehre, die Verhältnisse schafft, die dem menschlichen Fortschritt dienen, und damit auch die Entwicklung der Einzelpersonlichkeit fördert? Steht etwa im Mittelpunkt der marxistischen Lehre Gott? Wie steht es aber dagegen mit dem liberalistischen⁵⁶ Freiheitsbegriff? Der Liberalismus erkennt in Worten die Freiheit des Individuums an, propagiert diese Freiheit und noch einige andere. Die Entfaltung der Kraft, die der Liberalismus fordert, ist die Entfaltung der Kraft des Unternehmers zur Ausbeutung des Menschen. Liberalistische Freiheit heißt also: formale Freiheit für alle, reale Freiheit für diejenigen, bei denen die Voraussetzungen gegeben sind. Die Freiheit eines kapitalistischen Unternehmers und die Entfaltung seiner Kraft (nehmen wir einmal an, er verfügt über 100.000 Mark Kapital) dürfte eine andere sein, als die Freiheit eines Arbeitslosen mit einer Unterstützung von 20 Mark.

7. Unter diesem Punkt möchte ich Dich auf einen Fehler in der Logik aufmerksam machen, der Dir in Deinem Aufsatz unter anderem in der Frage der konservativen Haltung, die ihr einnehmen müßt, unterlaufen ist. Nachdem Du zu Anfang behauptet hast, ihr müßt eine bewußt konservative Stellung einnehmen,⁵⁷ behauptest Du jetzt: »Wir können uns auf die Dauer nicht mit einer bewußt konservativen Haltung begnügen.«

55 Das Originalzitat lautet: »Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.« Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort (MEW, Bd. 13, S.8f.)

56 Turley verwendet das Adjektiv »liberalistisch«, das traditionell von Liberalismuskritikern jeglicher Couleur – zumeist in polemischer Absicht – verwendet worden ist, insbes. auch von Kritikern der extremen Rechten.

57 Bei Flach heißt es: » Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß wir mit dieser Haltung eine bewußt konservative Stellung einnehmen, denn wir geben damit unserem Willen zur Erhaltung eines bestehenden Zustandes Ausdruck.«

8. In Deinen weiteren Ausführungen vertrittst Du die Meinung, daß in unserer neuen Ordnung, oder besser: bei der Schaffung unserer neuen Ordnung, krasser Opportunismus keine Rolle spielen dürfe. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß unter krassem Opportunismus das Verhältnis unserer demokratischen Ordnung zur staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion und den Volksdemokratien zu verstehen ist. Phrasenhafte Schlagworte haben im Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte immer eine Rolle gespielt und zwar dadurch, da[ss] sie an de[n] Geist der Leser keine hohen Anforderungen stellen. Desgleichen stellen sie auch keine hohen Anforderungen an ihre Verfasser. So geht es Dir zum Beispiel mit dem Schlagwort vom »krassen Opportunismus«. In diesem Zusammenhang müßte Dir doch eigentlich die Frage aufgetaucht sein, ob nicht eigentlich die Russen Opportunisten sind, weil sie es doch waren, die die Lehren deutscher⁵⁸ Wissenschaftler, und zwar Marx und Engels, erweitert und in die Praxis umgesetzt haben.

9. Häufig dokumentiert sich Unkenntnis der zu behandelnden Materie schon in einem Wort. So geht es Dir zum Beispiel in folgendem Satz: »Der Arbeitnehmer, der ebenfalls am Zustandekommen des höheren Ertrages eines Unternehmens mitgewirkt hat, ging bisher leer aus.« Das Wort ebenfalls ist das Kriterium dieses Satzes. Dazu eine Frage: Wer hat denn noch mitgewirkt am Zustandekommen eines höheren Ertrages, etwa der Aktienbesitzer, dessen ganze »Arbeit« darin besteht, Profite einzustreichen? Du magst vielleicht einige marxistische Schriften gelesen haben, zwischen lesen und begreifen besteht aber ein Unterschied. Versuche, das Problem der Mehrwertbildung zu begreifen, dann wirst Du feststellen, wie unberechtigt das Wort »ebenfalls« in dem von mir zitierten Zusammenhang ist.

10. In einem der nächsten Sätze sprichst Du davon, daß die Sozialisten die Belohnung der Arbeiter in dem Bewußtsein der Arbeitenden sehen. Dieser Satz ist eine weitere Mißachtung der tatsächlichen Verhältnisse. In der ersten Phase des Kommunismus, also im Sozialismus, hat der Lohn noch eine gesellschaftliche Funktion, er ist ein Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Grundlage der Lohnzahlung ist die Arbeitsnorm, die so festgelegt wird, daß zwischen Aufwand an Arbeitskraft und Ergebnis des Produktionsprozesses das beste Verhältnis erzielt wird. Wird die Arbeitsnorm überboten, so steigt der Lohn proportional der Leistung und in einzelnen Fällen (z.B. Grundindustrie) progressiv.⁵⁹ Die Gewinne der vergesellschafteten Betriebe

58 Im Original unterstrichen.

59 Turley referiert hier die Grundlagen des ab 1947 in der SBZ eingeführten Entlohnungssystems (s. Anm. 52).

dienen dazu, gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Diese gesellschaftlichen Bedürfnisse sind verschiedener Art: z.B. gesellschaftliche Akkumulation, d.h. Verwendung eines bestimmten Teiles der Gewinne zur Erweiterung und Vervollkommnung der Produktionsbasis, die [als] Grundlage zur erweiterten Produktion und damit zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse dient. Desweiteren sind Mittel nötig zur Entwicklung der wissenschaftlichen Institute, Schaffung kultureller und sozialer Einrichtungen im größten Umfange und Erhaltung einer Armee, welche die Ergebnisse der sozialistischen Entwicklung gegenüber imperialistisch[sic!], faschistischen Überfällen verteidigt usw. Die Akkumulation und die immer umfangreichere Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse, Sanatorien usw. bedeutet Schaffung von Voraussetzungen für die Verwirklichung des Kommunismus, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und jeder nach seinen Bedürfnissen leben kann. In der sowjetischen Zone sind die Verhältnisse noch nicht so weit entwickelt wie in der Sowjetunion. Die Akkumulation der Gewinne in der volkseigenen Industrie dient dazu, unsere Friedensindustrie so rasch wie möglich wieder aufzubauen um unsere antifaschistisch[-]demokratische Ordnung zu sichern und die Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung zu schaffen.

11. Der neue Weg, der von Dir vorgeschlagen wurde zur Lösung des Problems, ist die Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Eine Lösung des Problems durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist in dem von Dir angeführten Zusammenhang eine Utopie, weil sie die objektiven Entwicklungssätze verneint. (Über [sic!] die Bedeutung der Gewinnbeteiligung im anderen Zusammenhang gehe ich gleich ein.) Diese vorgeschlagene Lösung kann nur daher vorgeschlagen werden, weil Du die bestehenden Verhältnisse nur nach der Oberfläche beurteilst. Für Dich ist nur wahr, was Du siehst. Für das Auge nicht wahrnehmbare Gesetze, die man nur durch Analyse entdecken kann, sind aber ebenfalls Realität. Das müßtest Du als Chemiker⁶⁰ übrigens wissen. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, die Du als neuesten Ausweg des Problems Lohnarbeit und Kapital in Deinem Artikel anpreist, ist gar nicht so neu, wie Du denkst; es ist Dir also keine fundamentale Neuschöpfung geglückt, darum sprach ich am Anfang meines Briefes von den ausgefahrenen Feldwegen. Gewinnbeteiligung als Lohnform hat schon vor 1900 in kapitalistischen Kreisen sehr viel Staub aufgewirbelt. Diese Methode wurde von verschiedenen Unternehmen in verschiedener Form zur Anwendung gebracht. Als erster hat ein französischer Häusermaler Jean Leclair im Jahre 1842 dieses System zur Anwendung gebracht.⁶¹ Weiter wurde in Frankreich in der Buchdruckerei

60 Anspielung auf Flachs 1948 abgebrochenes Chemiestudium.

61 Edme-Jean Leclair (1801-1872), der in der Literatur häufig als der »Vater der Gewinnbeteiligung« (»profit sharing«) bezeichnet wird, entstammte einfachsten Verhältnissen im

Chaix⁶² und in der Papierfabrik Laroche-Joubert⁶³ nach diesem System entlohnt.⁶⁴ In den Vereinigten Staaten von Nordamerika finden wir dasselbe System zuerst in der AG »D. Nelson Manufacturing Co«[sic!] in St. Louis⁶⁵, in England in der Londoner Buchdruckerei Cassell[!] & Co⁶⁶, in Deutschland in der Maschinenbauanstalt in Halle⁶⁷ und in den Zeißwerken⁶⁸ in Jena. Die

ländlichen Burgund, wo er sich nach früh abgebrochener Schulausbildung als Schafhirte verdingte. In den 1820er kam er nach Paris, wo er eine Anstreicher-Lehre absolvierte. 1827 gründete er seine eigene Firma (später: »Maison Leclaire«), in der er seit 1842 (nach anderen Quellen: 1843) das Geschäftsmodell der Gewinnbeteiligung seiner Kernbelegschaft etablierte. Leclaires auf Hausanstrich, Innendekoration und Verglasung spezialisierte Firma machte als soziales Modell wie als erfolgreiches Unternehmen Furore. Zeitgenössisch fand Leclaire bereits Widerhall bei John Stuart Mill, der 1845 in zwei Zeitungsbeiträgen für »Edinburgh Review« bzw. für »Chambers' Edinburgh Journal« auf Leclaire hinwies. Vgl. The Collected Works of J.St. Mill. Vol. IV, S. 363-89, »The Claims of Labour«, und Vol. III, S. 1123. Als Überblick zu historischen Modellen der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer: Sibylle Brenk-Keller: Die Beteiligung der Mitarbeiter am Produktivkapital. Konzeptionelle Entwicklung und praktische Ausgestaltung. Marburg 1997.

62 Zu den Formen der Gewinnbeteiligung, die das 1845 von Napoléon Chaix in Paris gegründete Druckerei-Unternehmen »Imprimerie Centrale des Chemins de Fer«, das seit 1881 den Namen »Imprimerie Chaix« trug, praktizierte, vgl. Rudolf Einhauser: Die Gewinnbeteiligung, ihr Einfluß auf den Unternehmergewinn und auf die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 54(1898), S.120-272, spez. S.166f.

63 Gemeint ist die 1843 von Jean-Edmond Laroche-Joubert (1820-1884), einem späteren bonapartistischen Abgeordneten und Senator der III. Republik, im südwestfranzösischen Nersac gegründete Papiermühle, die seit 1868 (nun in Angoulême ansässig) als Genossenschaft geführt wurde. Bei Einhauser (ebd., S.245) wird Laroche-Joubert nur mit der Einschränkung genannt, dass die Gewinnbeteiligung mit einer erheblichen Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer einhergehe, also nach dem Vorbild der Produktivgenossenschaft.

64 Die Gewinnbeteiligungsmodelle unterschieden sich in der Tat von Betrieb zu Betrieb erheblich, sowohl was den Kreis der Benefizienten als auch was die Gewinnausschüttungsmodalitäten anbelangte. Vgl. hierzu statistisch sehr detailliert: R. Einhauser (wie Anm. 62).

65 Gemeint ist die von Nelson O. Nelson gegründete Metallwarenfabrik in St. Louis. Vgl. Kim McQuaid: The Businessman as Reformer. Nelson O. Nelson and Late 19th Century Social Movements in America. In: American Journal of Economics and Sociology 33(1974), S. 423ff., sowie ders.: A Response to Industrialism: Liberal Businessmen and the Evolving Spectrum of Capitalist Reform, 1886-1960, Frederick MD 2003, spez. S. 24-49.

66 Gemeint ist das 1848 von John Cassell (1817-1865) gegründete Verlagshaus »Cassell, Petter, Galpin«, das nach Cassells Bankrott 1855 de facto im Besitz seiner Partner George William Petter und Thomas Dixon Galpin war. Seit 1888 trug das derweil auch in Paris und New York ansässige Verlagshaus den Namen »Cassell & Co. Ltd«. Vgl. auch Simon Nowell-Smith: The House of Cassell 1848-1958. London 1958.

67 Turley meint hier die 1872 gegründete »Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei AG«, die sich schon seit den 1880er Jahren auf die Produktion von Eis- und Kühlmaschinen spezialisiert hatte. Aus der Maschinenfabrik und einem ebenfalls in der Herstellung von Kältetechnik-Maschinen tätigen Betrieb entstand im Jahre 1946 die »VEB Maschinenfabrik Halle«. Die in Halle praktizierte Gewinnbeteiligung beschreibt detailliert R. Einhauser (wie Anm. 62), spez. S. 142f.

68 Im Statut des Eigentümers der Carl-Zeiss-Werke, der 1889 unter der Ägide Ernst Abbes gegründeten Carl-Zeiss-Stiftung, war festgelegt, dass erzielte Gewinne zu reinvestieren oder an die Belegschaft, Sozialeinrichtungen resp. die Universität Jena auszuschütten waren. Vgl. Ernst Abbe: Über Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Großindustrie. In: Ders.: Gesammelte Abhandlungen, Bd. III: Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts. Jena 1906, S. 102-118. Eine Würdigung des Sozialreformers Abbe: Hans G. Nutzinger: Ernst Abbe als Sozialreformer. In: Antje Klemm/Nikolaus Knoepfler(Hrsg.): Ernst Abbe als Unternehmer und Sozialreformer. Ein Beitrag zur Wirtschaftsethik. München 2007, S. 37-58.

Hauptaufgabe dieser Neuerung bestand darin, die Arbeitsintensität zu steigern. Die Arbeiter mußten in der Hoffnung, am Jahresende um so mehr Gewinn zu erhalten, je mehr Mehrwert sie ihren Unternehmern produzierten, die Intensität ihrer Arbeit steigern (Steigerung der Arbeitsintensität bedeutet größere Verausgabung physischer Kräfte). Das System der Gewinnbeteiligung war nach außen hin billige Philanthropie, den objektiven Verhältnissen nach ein Mittel zur Befriedigung der unzufriedenen Arbeitermassen, gleichzeitig eine Methode zur Überflüssigmachung von Aufsichtsbeamten in den Fabriken usw. usw. Die Vorteile der Methode der Gewinnbeteiligung für den Kapitalisten waren nicht unerheblich, dagegen für den Arbeiter gleich Null. Zu dem Thema Gewinnbeteiligung könnte ich Dir aus mir zugänglicher Literatur noch weitere Beispiele anführen, aber worauf es hier ja ankam, war nachzuweisen, daß der von Dir vorgeschlagene neue Weg tatsächlich ein alter ausgefahrener Feldweg ist.

12. Zum Schluß will ich noch etwas Kritisches zu Deiner Überschrift bemerken. Als Hauptüberschrift wählst Du »Kapital und Arbeit«. Schon diese willkürliche Umstellung der beiden Worte »Kapital und Arbeit« die den Worten der Marxschen Überschrift einer Broschüre und zwar »Lohnarbeit und Kapital«⁶⁹ entnommen sind, zeigt, wie wenig Du vom Marxismus verstehst. Die Anordnung der Worte »Lohnarbeit und Kapital« in der Überschrift der Marxschen Broschüre sind [sic!] nicht willkürlich gewählt, sondern entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Wenn Du Marx studiert hättest, müßtest Du wissen, da[ss] Kapital nicht eine bestimmte Summe Geld ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Besitzern der Produktionsmittel und Nichtbesitzern, also Lohnarbeitern. Kapital wird also erst durch Lohnarbeit ermöglicht. Die einzige Klarheit in Deinem Artikel ist der Untertitel. Aber diese Klarheit scheint Dir wahrscheinlich selbst nicht ganz bewußt geworden zu sein. Liberale Wirtschaftspolitik bedeutet Schaffung oder Erhaltung eines gesellschaftlichen Zustandes, in dem das Unternehmerprinzip (Profitstreben) der tragende Pfeiler ist. Neue Wege einer liberalen Wirtschaftspolitik können vom Standpunkt eines konsequenten Liberalisten doch nur darauf hinauslaufen, diese tragenden Pfeiler zu verstärken. Aus diesem Grunde kann Dein Artikel jedem Unternehmer angenehm sein. Klärung kann nur der geben, dem die Dinge selbst klar sind, und das ist bei Dir leider nicht der Fall.

Nachdem ich nun zu Deinem Artikel Stellung genommen habe, kann ich Dir leider zu Deiner neuen Stellung als Chefredakteur⁷⁰ nicht gratulieren und

69 Die von Karl Marx 1849 im Rahmen einer Artikelserie der »Neuen Rheinischen Zeitung« verfassten Beiträge wurden 1891 in einer von Friedrich Engels eingeleiteten Publikation unter dem Titel »Lohnarbeit und Kapital« zusammengefasst: s. MEW, Bd. 6, S. 397-423.

70 Vgl. die die tatsächliche Stellung Flachs erläuternden Bemerkungen im biographischen Abriss o.

zwar aus dem einfachen Grunde, weil für Dich jetzt der Anreiz zur Veröffentlichung weiterer Artikel auf dem gleichen geistigen Niveau gegeben ist. Durch solche Artikel kannst Du nur ein[es] erreichen, Dich [zu] blamieren. Und es wäre gemein, Dir zu einer Blamage herzlichen Glückwunsch zu sagen.

Zum Schluß will ich noch anfragen, wie es Dir gesundheitlich geht. Ich bin schon seit einigen Monaten krankgeschrieben und rechne jeden Tag mit einer Einberufung in die Heilstätte. Da der Brief nun doch schon etwas länger geworden ist, als ich zuerst annahm, will ich jetzt schließen und Dir zum Schluß für einen eventuell neuen Artikel mehr Sachlichkeit und Objektivität wünschen. Man sollte gerade in der momentanen politischen Situation die Zeitung nicht dazu benutzen, um Utopien zu verbreiten, sondern jede Zeile in den Dienst der Nationalen Front⁷¹ stellen, damit wir sobald wie möglich in einem einheitlichen Deutschland die Probleme unserer weiteren Entwicklung sachlich klären können.

Viele Grüße sendet Dir und Deinen Angehörigen⁷²

71 Turley verwendet hier einen Terminus, der in dem vom 3. Deutschen Volkskongress am 30. Mai 1949 verabschiedeten »Manifest an das deutsche Volk« enthalten war, in dem zur Bildung einer »nationalen Front für Einheit und gerechten Frieden« aufgerufen wurde. Er geht auf das vom ZK der SED erst durch Beschluss vom 4. Oktober 1949 formal in Kraft gesetzte Dokument »Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (abgedruckt in: Hanns Jürgen Küsters (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Dok. 28. München 1996, S. 76-84) zurück. Bis zur Staatsgründung der DDR bestand offiziell der »Demokratische Block der Parteien und Massenorganisationen«, der bereits im Juli 1945 als »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« formiert worden war. Am 17. Juni 1949 wurde der Block in »Demokratischer Block der Parteien und Massenorganisationen« umbenannt. Mit Gründung der DDR löste die »Nationale Front des Demokratischen Deutschland« den »Demokratischen Block« als Instrument der Kontrolle von Parteien und Massenorganisationen durch die SED ab. Zur Entwicklung des Gedankens einer »Nationalen Front« heißt es bei Agsten u.a. (wie Anm. 49): »In Unkenntnis der Aufgaben und der historischen Mission einer marxistisch-leninistischen Partei fürchteten manche Liberaldemokraten, die Herausbildung der Nationalen Front führe zu einer Einheitspartei, in der alle Parteien und Organisationen zusammengefasst würden. Das wurde erklärlicherweise von reaktionären Elementen ausgenutzt, um die Zusammenarbeit zu stören.«

72 Die vorliegende Briefkopie trägt keine Unterschrift.

3.c) *Brief Karl-Hermann Flachs an H. Turley vom 1. Juli 1949*⁷³

Mein lieber Hermann,

Ich habe mich wirklich herzlich gefreut, endlich wieder einmal etwas von Dir zu hören. Es tut mir wirklich leid, daß Du schon wieder krank geschrieben bist und in eine Heilstätte mußt. Hoffentlich kommst Du bald wieder – und geheilt – heraus. Mir geht es gesundheitlich besser. Ich habe zwar noch meinen Doppelpneumonie, muß beinahe jede Woche zum Füllen, aber das alles ist nicht so schlimm⁷⁴, um mich an der Arbeit zu hindern. Wie geht es Deiner Familie? Hoffentlich gut! Meine Tätigkeit ist natürlich etwas anstrengend – ich muß oft nach Berlin oder sonst wo hin zu Zentralvorstandssitzungen, Besprechungen bei Prof. Kastner⁷⁵, Volksrats- und DWK-Tagungen usw. –, aber der Arzt sagt, es ginge trotzdem besser. Redaktionstätigkeit und Umbruch sind auch nicht leicht, aber wenn man mit einer großen Begeisterung und viel Liebe an seinem Beruf hängt, dann geht alles.

Besonders habe ich mich über Deine Kritik an meinem Artikel, der immerhin doch so interessant war, daß [Du] es für Wert hieltest, ihm eine 7seitige Antwort zu widmen, gefreut. Was mir aber am meisten Spaß bereitet hat, ist die Vehemenz, der Schwung, mit dem Du daran gegangen bist, meine Ansichten von Deinem marxistischen Standpunkt aus zu widerlegen. Sie ist mir ein Zeichen dafür, daß Du von Deiner Idee felsenfest überzeugt bist, und das ist immer etwas sehr schönes (Ich bin es nämlich auch von meiner Idee.). Daß Du

73 Die erste Seite des maschinenschriftlichen Briefes wurde auf einem Kopfbogen der NdZ verfasst. Er trägt mittig die Angaben: »Norddeutsche Zeitung. Tageszeitung der Liberal-Demokratischen Partei für Mecklenburg. Verlagsgesellschaft Norddeutsche Zeitung m.b.H.« Linksbündig ist das Wort »Redaktion« gedruckt, rechtsbündig die Angaben »Schwerin (Meckl), den [mschr. ergänzt] 1. Juli 49« sowie darunter dreizeilig: »Ernst-Thälmann-Straße 6, Fernruf 3946/47, Bankkonto: Stadtbank Schwerin (Meckl) 10242 101.01«.

74 Der Brief trägt an dieser wie an zahlreichen anderen Stellen nicht entzifferbare Streichungen Flachs, auf die im Weiteren nicht mehr gesondert hingewiesen wird.

75 Prof. Dr. Hermann Kastner (1886-1957), Jurist, war in den 1920er Jahren als Syndikus des sächsischen Einzelhandelsverbandes tätig, zugleich von 1922-33 Mitglied des Sächsischen Landtages (DDP/DSfP). 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der LDP in Sachsen und war erster dortiger Landesvorsitzender (bis 1947). 1946-1950 gehörte er dem neuen Sächsischen Landtag, von 1946-1948 der sächsischen Landesregierung als Justizminister an. 1948/49 war K. stellvertr. Vorsitzender der DWK, 1949/50 stellvertr. Ministerpräsident der DDR. Auf dem Eisenacher Parteitag der LDP wurde K., der weithin als »Kandidat der SMAD« galt (vgl. W. Schollwer, wie Anm. 14, spez. S. 112f.) zum Ko-Vorsitzenden der LDP (neben Karl Hamann) gewählt. Im Juli 1950 wurde er – als Gegner einer gemeinsamen Liste der Nationalen Front bei den Volkskammerwahlen des Oktober 1950 – aus der LDP ausgeschlossen, jedoch bereits im Mai 1951 rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen. Von 1951-1956 saß er dem »Förderungsausschuß für die Intelligenz beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR« vor. Im September 1956 siedelte er in die Bundesrepublik über. Unbewiesen bleibt bis heute, ob dies mit einer häufig zitierten Doppelagententätigkeit K.'s bzw. einer mehrjährigen Tätigkeit für die »Organisation Gehlen« resp. den westdeutschen Bundesnachrichtendienst in Verbindung stand. K.'s enge Kontakte zur SMAD dürfen dagegen als belegt gelten.

dabei oft über das Ziel hinaus und mehrmals daneben geschossen hast, nehme ich Dir nicht krumm. So etwas kann im Eifer des Gefechtes vorkommen. Das gibt sich mit den Jahren. Schließlich kommt die Erkenntnis, daß verschiedene Weltanschauungen auf der Welt Platz und Existenzberechtigung haben, die schließlich den sittlichen Reifegrad eines Politikers erkennen läßt und in dem Verstehen wurzelt, daß es nie eine absolute, wohl aber nur eine subjektive Objektivität gibt, nicht von heute auf morgen.

Sieh' mal, Hermann, ich habe Dir meine Zeitung nicht geschickt, um Dich von der Richtigkeit und Allgemeingültigkeit meiner Anschauungen zu überzeugen. Das kann ich ebenso wenig, wie Du es bei mir könntest. Daß Du in der Lage bist, meine Argumente von Deinem marxistischen Standpunkt aus zu widerlegen, ist kein Wunder (Wenn Du es nichts könntest, wärest Du ein schlechter Marxist.). Genauso kann ich jeden beliebigen Artikel in der SED-Presse, der sich mit weltanschaulichen oder ökonomischen Fragen befaßt, von meinem liberalen Standpunkt aus widerlegen und jeder gute christliche Demokrat wird es mit uns beiden ebenso machen, wie wir es mit ihm tun könnten.

Wir sind doch alle Demokraten – oder behaupten es zu sein – und das Wesen der Demokratie besteht doch nun einmal im gleichberechtigten Wechselspiel der verschiedensten Welt- und Lebensanschauungen. Wenn ich so verfahren würde wie Du (Diese Periode habe ich Gott sei Dank schon längst überwunden), müßte ich jeden SED-Redakteur als einen blamablen Dummkopf und jeden SED-Artikel als gänzlich niveaulos hinstellen. Ich tue das nicht; auch wenn ich von der Unsinnigkeit der gegnerischen Argumente überzeugt bin, erkenne ich immer das gute Wollen an, oder versuche es wenigstens zu tun. Aber hier wird das bisher politische Problem ein menschliches, und da kann man eben etwas voraussetzen, oder – man kann es manchmal leider nicht!

Danach könnte ich mir jede weitere Kritik sparen. Aber das wäre unkameradschaftlich, weil dann ein evtl. neuer Brief von gleicher Unsachlichkeit getrübt wäre. Also habe ich folgendes zu sagen:

1.) Kritik heißt allerdings nicht nur bestehende Fehler aufzeigen, sondern gleichzeitig Zeigen eines Weges zu deren Beseitigung, wenn es positive Kritik sein will. Man kann aber ohne weiteres eine geführte Kritik anerkennen, ohne den von ihr aufgezeigten Weg zur Beseitigung als richtig zu empfinden. Man kann sogar diesen Weg vielleicht nicht in seiner gewollten Zielsetzung, wohl aber in seiner praktischen Wirkung als nicht dem Ursprung der Kritik, sondern dem Gegenteil davon hinstrebend bezeichnen, ihn daher ablehnen und bei aller Anerkennung der Kritik als solcher einen anderen Weg zur Lösung des Problems vor- und einschlagen. Jeder Mensch ist ein Kind seiner Epoche, auch Marx. Seine Kritik ist nur da noch aktuell, wo die Entwicklung

den von ihm vorgezeichneten Weg eingeschlagen hat. (z.B. zum Teil in den USA. Das dortige Wirtschaftssystem lehnen wir gleich Euch ab.) Den Beweis für Deine Behauptung, daß man mit einer Anerkennung einer Kritik auch analog den vom Kritiker vorgeschlagenen Lösungsweg billigen muß, bist Du mir schuldig geblieben.

2.) Daß ich Dir erst beweisen soll, daß die (geschichtliche, gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle) Entwicklung bei uns in Deutschland einen anderen Weg gegangen ist, als beispielsweise in dem einzigen Land des Sozialismus, der UdSSR, ist wirklich gut. Das ist so, als ob Du erst einen Beweis dafür verlangst, daß Wasser bei normaler Temperatur flüssig und Luft gasförmig ist. Wollte ich das wirklich tun, müßte ich eine kleine Broschüre über die Geschichte im Allgemeinen und die der UdSSR und Deutschlands in den letzten hundert Jahren im Besonderen schreiben. Das kannst Du aber leichter haben, wenn Du Dir mal bei Gelegenheit einige Vorlesungen über Geschichte an einer unserer einschlägigen Universitäten anhörst. Ich greife nur einen Tatbestand herauf[s]: In der Sowjetunion hat der Sozialismus den Übergang von der absoluten Monarchie zu einer fortschrittlicheren Staatsform erzwungen, in Deutschland tat dies der Liberalismus! Schade, daß Du krank bist, Prof. Dr. Kastner hält in nächster Zeit an der Humboldtuniversität in Berlin eine große Gastvorlesung über die Geschichte des deutschen Liberalismus.

3.) Zu Deiner Beruhigung: Die Standardwerke des Sozialismus besitze ich und habe sie auch gelesen. Ich kenne nicht nur sie, sondern ebenfalls die politische Praxis einer sozialistischen Partei. Bei der Umwandlung des privaten Eigentums in gesellschaftliches spielt der Staatsapparat nicht nur eine, sondern die entscheidende Rolle. Der Gefahr einer Bürokratisierung kann man zwar durch kritisches Aufdecken der Schwächen entgegentreten, sie aber leider dadurch nicht beseitigen. In demselben Maße, in welchem die Wirtschaft sozialisiert wird, wachsen auch die Schwierigkeiten, sie zu übersehen und zu lenken. Der oft beklagte Bürokratismus und die zahlreichen Fehlleitungen sind die Folgen dieser Schwierigkeiten und somit im System begründet.

4.) und 7.) Du schreibst am Anfang Deines Briefes, wer Kritik üben will, müsse sich erstmal mit dem Objekt der Kritik eingehend vertraut machen. Wenn Du das nur mit meinem Artikel getan hättest, dann würdest Du mir nicht etwas unterstellen, was [ich] nie geschrieben, gesagt oder gemeint habe. Man kann nicht einen Artikel kritisieren, den zu lesen und zu verstehen man nicht einmal in der Lage ist. Du behauptest, ich spräche von einer konservativen Stellung, die wir einnehmen müssten(!). Hätte ich eine derartige Formulierung wirklich gebraucht, so hätte ich damit zweifellos die Stellung eines kleinen rechten Flügels in der LDP gekennzeichnet. Ich stehe aber ausgerech-

net am entgegengesetzten Ende in der Partei, und dies zu dokumentieren war zum Teil Zweck meines Artikels. Hätte ich den mir von Dir einfach unterstellten Satz wirklich geschrieben, dann würde ich mich allerdings bewußt zum Rückschritt bekennen. Ich denke aber nicht daran, das zu tun! Daher schrieb ich warnend in meinem Artikel: »Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, daß wir mit dieser Haltung (der Forderung nach Erhaltung der Privatwirtschaft) eine bewußt konservative Stellung einnehmen.«, und dann weiter: »Aber auch wir können uns auf die Dauer nicht mit einer bewußt konservativen Haltung begnügen. Es reicht nicht aus, bestehende und bestandene Faktoren zu erhalten, es müssen neue Wege gesucht und begangen werden. Eine politische Richtung wird für die Zukunft nur Bestand haben, wenn sie eine neue Ordnung anstrebt!«

5.) Wenn ich von künstlichen Faktoren schreibe, die geschaffen werden, um eine Theorie unbedingt zu bestätigen, denke ich z.B. an die Überführung von selbst kleinen Privatbetrieben in Staatsbesitz, wie sie heute stattfindet. Diese Betriebe haben auch nach marxistischem Ermessen nicht in natürlicher Entwicklung den Punkt erreicht, der ein derartiges Vorgehen rechtfertigt. Sie arbeiten als V[olks]E[igene]-Betriebe unrentabler als vorher. Das gleiche gilt mit Handel und Konsum. Wenn der Konsum in natürlicher Entwicklung den Beweis liefert, daß er für den Verbraucher – weil er keine Verdienstsparne hat – besser arbeitet, als der freie Handel, würde er sich von selbst durchsetzen. Stattdessen bevorzugt man ihn z.B. bei der Verteilung zwangsbewirtschafteter Waren usw. den Konsum [sic!] und treibt künstlich eine Entwicklung vor, die zwangsläufig vielleicht einen anderen, zumindest aber einen natürlicheren Weg gegangen wäre.⁷⁶

Die Theorie: »Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein« ist längst von der modernen Naturwissenschaft widerlegt. Genotyp und Phänotyp (Erbbild und Umwelt) formen in gleicher Weise die Persönlichkeit. Die Nazis begingen die Idiotie und behaupteten, unter Verleugnung der Bedeutung der Umwelteinflüsse, des gesellschaftlichen Seins, allein das Erbbild sei entschei-

76 Flach spielt hier auf die strukturellen Veränderungen an, die sich aufgrund der Etablierung der »Staatlichen Handelsorganisation« (HO) durch Beschluss der DWK vom Oktober 1948 andeuteten. Waren nach Kriegsende in der SBZ zunächst die Konsumgenossenschaften dem privaten Handel gegenüber bei der Warenzuteilung bevorzugt worden, so trat nun zunehmend die HO an diese Stelle. Dominierte – gemessen an den Umsatzzahlen – noch 1950 knapp der private Einzelhandel, so war dessen Zurückdrängung zugunsten sozialistischer Wirtschaftsformen schon 1955 weit vorangeschritten: Die Umsätze von HO und Konsumgenossenschaften übertrafen die des Privathandels um mehr als das Doppelte (1982 dann um das Neunfache). Vgl. DDR-Handbuch (wie Anm. 30). Stichwort »Binnenhandel«, S.235-243, hier S. 237. Die HO-Läden hatten bei Preisgestaltung und Warensortiment staatlich sanktionierte Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Privathandel. Zur Entwicklung der HO: Jennifer Schevardo: Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre. Stuttgart 2006, spez. S. 88ff.

dend (der Abstammungswahn). Ihr behauptet, nur das gesellschaftliche Sein entscheide, in Wirklichkeit übt beides in gleicher Weise seine Wirkung aus.

6.) Der Sozialismus geht in seiner Arbeit vom Menschen als Kollektivum, als Gemeinschaft aus. Der Liberalismus vom Menschen als Einzelpersönlichkeit. Darin liegt der Unterschied. Im weiteren Teil dieses Absatzes schließt Du von Fehlern, die der Liberalismus – wie alle Weltanschauungen einsch[ließl]ich d[es] Sozialismus – begangen hat⁷⁷, auf die gesamte Idee. Das ist so, als würde ich die Kinderkrankheiten des Sozialismus als symptomatisch hinstellen. Eine Antwort auf diesen Unsinn gibt der liberale Grundsatz: Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Abgrenzung in der gleichen Freiheit des anderen. Freiheit der Persönlichkeit unter Wahrung der Pflichten der Gemeinschaft gegenüber. Im übrigen: Auch der Sozialismus kann unsozial sein!

8.) Ich schreibe, daß die LDP neue Wege suchen und begehen müsse. Und in diesem Zusammenhang: »Allerdings darf hierbei nicht krasser Opportunismus eine Rolle spielen. Es muß ein eigener Weg eingeschlagen werden.« Das soll heißen: Die LDP muß eigene, fortschrittliche Wege einschlagen, ohne bei ihrer neuen Theorie und Praxis etwa von anderen Ideologien etwas abzuschreiben. (Siehe NDP)⁷⁸

Was machst Du? Du trägst in diese bewußt weltanschauliche Diskussion eine nationalistische Note! Wenn Du mich fragst, ob die Russen nicht Opportunisten sind, weil sie die Lehren deutscher Wissenschaftler erweitern, dann willst Du mir damit unterstellen, daß ich womöglich irgend eine Erkenntnis, die von einem Russen stammt, nicht verwenden würde, eben weil sie von einem Russen stammt. Ich hoffe, Du bist Dir im Klaren darüber, auf welch primitives Niveau Du damit unsere Diskussion bringst. Ich dachte, über dieses Stadium seien wir beide hinaus.

Das ist nun schon das zweite Mal, daß [Du] meinen im Zusammenhang unmißverständlichen Sätzen eine eigene Auslegung gibst. Damit tust Du das, was ich schon am Marxismus allgemein kritisierte: die[sic!] schaffst künstlich Dir bequeme Faktoren, die in Wahrheit nicht vorhanden sind. Das heißt: Du unterstellst mir eine Ab- und Ansicht, die ich nie habe, nur, weil von Deinem marxistischem Standpunkt aus ein Nationalist, ein Konservativer, ein Kapital-

77 Diese beiden Worte sind hschriftl. hinzugefügt.

78 Gemeint ist die im Frühjahr 1948 unter der Ägide der SED formierte »National-Demokratische Partei Deutschlands« (NDPD), die sich gezielt an bürgerliche, spez. bürgerlich-nationale Wählerkreise wandte und so als direkter Wettbewerber von LDP und CDU auftrat. Die Entstehung der Partei ist in engem Zusammenhang mit der am 26. Februar 1948 offiziell von der SMAD verkündeten Beendigung der Entnazifizierung zu sehen. In der NDPD konnten ehemalige »nicht belastete« NSDAP-Mitglieder politisch aktiv werden. Zur Geschichte der NDPD: Michael Walter: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD). In: Parteien und Organisationen (wie Anm. 5), S. 366-401.

list (was ich alles nicht bin) eine solche Ansicht haben müsste und Du die Widerlegung schon parat hast. Wenn Du mich widerlegen willst, dann analysiere bitte meine Ideengänge und nicht das, was Dir bequem erscheint und was ich nie geäußert habe.

Daraus kannst Du lernen, daß man nie Sätze einfach aus dem Zusammenhang entfernen, ihnen eine sinnentstellende Deutung geben und diese dann widerlegen darf, sondern daß man immer die Zusammenhänge beachten und im Hinblick auf sie Einzelgedankengänge analysieren darf.

9.) Am höheren Ertrag eines Unternehmens sind Arbeitnehmer und Unternehmer in einer kapitalistischen Wirtschaft beteiligt: [der] Arbeitnehmer durch seine physische Leistung, [der] Arbeitgeber durch richtige und geschickte Spekulation (er trägt auch das Risiko).

10.) Ich bin da ganz Deiner Meinung, schreibe nur, daß unserer Ansicht nach die Verbilligung des Endproduktes und damit indirekte Lohnerhöhung nicht genügt. Daß Du anderer Ansicht bist, weiß ich, daß es alle Sozialisten sind, betone ich ja sogar. Warum Du meine Worte nochmals durch einen Beweis bestätigst, weiß ich allerdings nicht. Deine Beweisführung habe ich mehr als einmal in der sozialistischen Literatur gelesen, warum Du mir nochmals eine Kopie zuschickst, ist mir unklar.

11.) Was Du mir alles von der Geschichte der Gewinnbeteiligung schreibst, ist mir bekannt. Du hast noch einige Werke vergessen, z.B. Henkel⁷⁹, aber darauf kommt es gar nicht an. Daß die Arbeitsintensität durch derartige Mittel gesteigert wird, bezweifle ich nicht. Eine Steigerung der Arbeitsintensität ist für die Gegenwartslage einer deutschen Volkswirtschaft unbedingt erforderlich, wie das Hennecke-System zeigt. Wenn Du schreibst, daß die Gewinnbeteiligung für die Kapitalisten große Vorteile, für den Arbeiter nichts erbracht hätte, widerlegst Du Dich im gleichen Absatz, da Du die Zeißwerke zitierst. Bei diesen ist ein hervorragendes Gelingen dieses Experimentes nicht zu bestreiten. Welcher Kapitalist schlug bei der Zeiß-Stiftung Vorteile?

Dieses Beispiel zeigt, daß der Versuch der Gewinnbeteiligung lange nicht immer gelungen ist, aber gelingen kann. Es versagt nicht das System, sondern es kommt auf die Form des Systems an. Die vielen Versager rühren daher, daß die Unternehmer den Gedanken nicht konsequent zu Ende gedacht haben. Meine »Fundamentale Neuschöpfung« (Nicht ich, sondern Du nennst es so) besteht darin, daß ich, indem ich auf die alten Vorschläge zurückgreife, wei-

79 Die Firmengeschichte der Firma Henkel gibt Hinweise auf zahlreiche soziale Leistungen des Unternehmens, allerdings nicht auf ein historisches Gewinnbeteiligungsmodell. Vgl. Wilfried Feldenkirchen/Susanne Hilger: Menschen und Marken. 125 Jahre Henkel 1876-2001. Düsseldorf 2001.

terdenke. Ich schreibe: »Es ist klar, daß dieser Weg in langsam fortschreitender, stetiger Entwicklung über die Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Gewinn der Betriebe zur Arbeitnehmer- oder Arbeiterproduktivgenossenschaft führen kann. (Wo bleibt der gewinnstrotzende Kapitalist denn da?) Dieser Schritt ist besonders da und da zu begrüßen.« Arbeiterproduktivgenossenschaften arbeiten hervorragend, ich denke dabei nur an die Rostocker Industriewerke⁸⁰.

12.) Ich habe nicht Marx' Überschrift »Lohnarbeit und Kapital« in willkürlicher Umstellung übernommen, sondern unabhängig von Marx meinen Artikel Kapital und Arbeit genannt, weil er das Verhältnis zwischen diesen beiden Komponenten behandelt. Dass Kapital nicht eine bestimmte Summe Geldes ist, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Besitzern von Produktionsmitteln und Nichtbesitzern berücksichtige ich. Liberale Wirtschaftspolitik bedeutet nicht Schaffung und Erhaltung eines gesellschaftlichen Zustandes, sondern seine Fortentwicklung dadurch, daß sich in ihm die drei Wirtschaftsformen (Staats-, Genossenschafts- und Privatbetriebe) gleichberechtigt nebeneinander in freiem Wettbewerb gegenüberstehen und im Fortschreiten dieser organischen Entwicklung zwangsläufig diejenige durchsetzt, die letzten Endes für die Allgemeinheit am meisten leistet. Das von Dir kritisierte Profitstreben hat neben seinen ohne Zweifel vorhandenen Schatten- auch seine Lichtseiten: Die Furcht, das investierte Kapital zu verlieren, zwingt den Unternehmer zu vorsichtiger und sparsamer Wirtschaft, das Streben nach Erfolg und Gewinn zur Anspannung der Kräfte. Die beiden Motoren beruhen auf der Natur des Menschen und sind auch in sozialisierten Betrieben nicht gleichwertig durch Idealismus oder Kontrollen vorgesetzter Dienststellen zu ersetzen. Daran liegt es auch, daß privatwirtschaftliche Betriebe durchschnittlich im Verhältnis zum investierten Kapital einen besseren Wirkungsgrad aufweisen. Im übrigen ist Dir hoffentlich bekannt, daß auch die LDP für eine Verstaatlichung der Grundindustrien, der Verkehrsmittel, Bodenschätze usw. eintritt. Eine – sonst vielleicht zwangsläufige – Entwicklung zur großkapitalistischen Wirtschaft ist also gar nicht möglich.

Du siehst also, wohin es führt, wenn man einen liberalen Artikel völlig einseitig und willkürlich unter das Feuer marxistischer Kritik nimmt. Nebenbei: Wenn mein Artikel nicht Deinen Widerspruch hervorgerufen hätte, wäre ich wert, aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Schade, daß wir unsere Diskussion nicht öffentlich geführt haben, so wie ich zum Beispiel einmal eine

80 Es handelt sich bei den »Rostocker Industriewerken« um den ehemaligen Werkssitz der Firma Ernst Heinkel Flugzeugwerke in Rostock, der ab 1945 weitgehender Demontage durch die Sowjets unterlag. Vgl. Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Bearb.): Sowjetische Demontagen 1944-1949. Berlin 2001.

vor Werktätigen mitten in der Neptun-Werft⁸¹, dem größten VE-Betrieb Mecklenburgs, [hatte]. Wir hätten dann sehen können, wer sich blamiert! Leider hat bis heute kein liberaler Redner mehr Gelegenheit gehabt, dort wieder aufzutreten.

Vielleicht vermittelt Dir dieser Schrieb eine Erkenntnis: Zwei Menschen, die von zwei völlig entgegengesetzten Grundanschauungen an die Probleme herangehen, wie es der Idealismus und der Materialismus [sind], und die in ihrer Anschauung gefestigt sind, werden niemals auf einen Nenner kommen. Sie können trotzdem konstruktiv zusammenarbeiten, wenn sie gegenseitige Achtung und Toleranz bewahren, wie es z.B. bei der Blockpolitik und der Zusammenarbeit in der Nationalen Front der Fall ist. Haben sie die Reife hierzu nicht, – bei den obersten Stellen ist sie vorhanden, kleine Größen lassen sie leider oft vermissen – dann öffnet sich eine unüberbrückbare Kluft. Ich nehme aber an, daß Du Deine Neigung zum Sektierertum noch loswerden wirst. Das liegt wohl daran, daß Du Dich in diesem abgelegenen Ort hinter Bücher[n] und Theorien verschanzt hast und dabei den Sinn für die Realitäten verloren hast. So und nicht anders kann ich mir auch nur erklären, daß Du es fertigbringst, mich, einen verantwortlichen Redakteur einer antifaschistisch-demokratischen Zeitung, auf meine Pflichten der Nationalen Front gegenüber aufmerksam zu machen. Das Schönste ist Deine freundschaftliche Mahnung, nicht die Zeitung zur Verbreitung von »Utopien« zu benutzen. Alles zeigt jedenfalls, daß Du über Sinn und Praktik der Nationalen Front völlig im Unklaren bist, und das ist bei einem immerhin Funktionär einer Partei erschreckend.

Ich stehe nun mitten im politischen Leben und habe auch die Entwicklung zur Nationalen Front an Ort und Stelle mitgemacht, d.h. ich bin nicht nur hier in Mecklenburg, sondern darüber hinaus über alle entscheidenden Schritte in dieser Hinsicht unterrichtet. Die Nationale Front bedeutet doch nicht Aufgabe der Selbstständigkeit, der ideologischen Eigenständigkeit der Parteien – wenn das der Fall wäre, dann dürfte keine SED-Zeitung z.B. mehr die Beilage »Aus Theorie und Praxis unserer Partei« bringen –, sondern Zusammenschluß zur Erkämpfung eines bestimmten Zieles. Daneben laufen die Arbeiten der Parteien weiter. Oder wollt Ihr als SED den Sozialismus aufgeben? Wir den Liberalismus auch nicht. Im Gegenteil: Ideologische Diskussionen werden weiter geführt und sollen auch weiter geführt werden. Nur sollen auch sie den Geist der Nationalen Front atmen, das heißt sollen sachlich und unter Achtung der anderen Meinung geführt werden. Man sieht eben in dem Diskussionsgegner nicht nur den politischen Feind, sondern zugleich den gemeinsamen Kämpfer

81 Die 1850 gegründete Werft gehörte seit 1928 zur – in Bremen beheimateten – »Deutschen Schiff- und Maschinenbau AG«. 1945 wurde die Werft enteignet und in die »Sowjetische Aktiengesellschaft Neptun« umgewandelt. Seit 1953 bestand die Werft als »VEB Schiffswerft Neptun«.

für ein gemeinsames Ziel. Dein Diskussionsbeitrag ließ diesen Geist vermischen, aber ich hoffe, daß sich auch in der SED der Geist der Nationalen Front bis in die unteren Instanzen durchsetzen wird! Dann wird man es sich wohl auch abgewöhnen, Sabotage an der Nationalen Front zu treiben, wie etwa auf der ersten Seite seiner Zeitung eine Schlagzeile: »Stärkt die Nationale Front« und auf der zweiten »Gegen Nationalismus – für proletarischen Internationalismus!« Ich bin auch gegen den Nationalismus, lehne es aber ab, dies in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu propagieren, in einem Zeitpunkt, in dem alle national gesinnten Menschen, selbst Nichtdemokraten, gesammelt werden sollen.

Du siehst also, daß es noch ein Weilchen dauern wird, bis sich der Geist der Nationalen Front überall durchsetzt. Sorge dafür, daß das abgestellt wird, wende Dich aber bitte an die richtige Adresse und nicht an mich.

Nimm mir bitte nicht übel. wenn ich in meinem Brief auch mal ein wenig heftig geworden bin. Zu Deiner Beruhigung: Ich bin ein konsequenter Anhänger der Linie in der Partei, der Linie der Partei [sic!], die unser Vorsitzender Prof. Dr. Kastner verfolgt. Ich nehme an, daß auch DU an dieser PERSÖNLICHKEIT nichts auszusetzen hast.⁸² Oder ist dieser Präsident des Deutschen Volksrates und Vizepräsident der DWK, Zonenvorsitzender der VVN⁸³ auch Deiner Ansicht nach ein Dussel, der sich blamiert? Er findet nämlich die »Norddeutsche Zeitung« einschließlich ihrer politischen Linie ausgezeichnet! Ich war vorgestern erst in Berlin. Und: ich bin stolz darauf, politischer Redakteur (zum Chefredakteur hast Du mich erst gemacht, wohl weil ich den Chef manchmal zu vertreten pflege) dieses Blattes, das nach anerkanntem Urteil die beste LDP-Zeitung in der Zone ist, zu sein.

Nebenbei: Unser Zensuroffizier bei der SMA ist etwas toleranter als Du. Wir arbeiten ausgezeichnet mit ihm zusammen. Selbst Diskussionen mit diesem durch und durch marxistischen Major sind nicht so beschränkt einseitig. Die Sowjets sind eben manchmal toleranter als die deutschen Kommunisten; sie haben allerdings auch erfolgreicher zu arbeiten verstanden.

Und doch habe ich in Deinem Brief auch etwas Positives gefunden, was ich voll und ganz unterschreiben kann: Wir müssen uns alle in den Dienst der

82 Großschreibung im Original.

83 Die »Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes« (VVN) hielt im Juli 1946 ihren Gründungskongress in Frankfurt/M. ab. Im Februar 1947 erfolgte die Gründung eines VVN-Zonenverbandes für die SBZ in Berlin. Kastner war Zonenvorsitzender der VVN und zugleich stellvertretender Vorsitzender des im März 1947 gebildeten »Gesamtdeutschen Rates« der VVN. Sein Status als »Verfolgter des NS-Regimes« hat zeitgenössisch und bis in die Gegenwart immer wieder Anlass zu Zweifeln gegeben. Nachdem einige jüdische Funktionäre der VVN im Zuge »antizionistischer« Maßnahmen der SED die DDR verlassen hatten, wurde die VVN am 23. Februar 1953 in der DDR aufgelöst. Zur Geschichte der VVN in der SBZ/DDR vgl. Elke Reuter/Detlef Hansel: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Berlin 1997.

Nationalen Front stellen, damit wir sobald wie möglich in einem einheitlichen Deutschland die Probleme unserer weiteren Entwicklung sachlich klären können. Jawohl, das deutsche Volk wird eines Tages selbst in freier Wahl darüber entscheiden, was es für eine Staats- und Lebensform erstrebt.

So, nun bin ich fertig. Ist auch lang genug.

Indem ich Dir das Beste für Deine persönliche und gesundheitliche Fortentwicklung wünsche, grüßt Dich und Deine Angehörigen herzlichst

Dein alter Freund
Karl-Hermann⁸⁴

84 Handschriftlich.